

Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern** 12

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 13.11.2002

Der neue Mann an der Spitze



Foto: Schälte

Vom alten (Wolfgang Clement, vorne rechts) bis zum neuen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (hinten, Mitte) reichte im Plenarsaal die Schar der Gratulanten, die anstanden, um dem frisch Gewählten Glück und Erfolg zu wünschen.

Die Woche im Landtag

Wahlakt Seite 3

Mit 120 Stimmen hat der Landtag den SPD-Politiker Peer Steinbrück zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Verantwortung Seite 4

Über die Verantwortung für die schlechte wirtschaftliche Lage und die hohe Zahl an Arbeitslosen wurde in der aktuellen Stunde gestritten.

Säkularisation Seite 16

Vor 200 Jahren wurden in Westfalen und im Rheinland die Klöster aufgehoben. Das hatte tief greifende Folgen.

Porträt Seite 19

Der „Kühle aus dem Norden“ — ein Porträt des neuen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück.

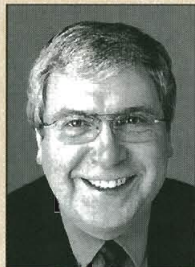
Wort und Widerwort:

Welche Perspektiven gibt es für die Steinkohle in NRW?

In nächster Zeit stehen tief greifende Entscheidungen über die Zukunft der deutschen Steinkohle an. Wie geht es an Rhein und Ruhr weiter, wenn auf Beschluss der Europäischen Union die Beihilfen zur Rücknahme der Förderung auslaufen? Wie viel Bergbau können sich NRW und Deutschland dann noch leisten? Oder soll das Geld besser — manche meinen: lieber gestern als heute — für andere staatliche Aufgaben aufgewendet werden? Auf diese Fragen geben die vier Fraktionen unterschiedliche Antworten — siehe Seite 2.

Von Werner Bischoff (SPD)

Die kohlepolitische Vereinbarung von 1997 ist Grundlage für den Versorgungsbeitrag der inländischen Steinkohle zum deutschen Energiemix. Die neue EU-Verordnung über einen Gemeinschafts-



rahmen für staatliche Beihilfen für den Steinkohlebergbau sichert diese Vereinbarung EU-rechtlich ab und ist die entscheidende Weichenstellung für die langfristige Zukunft des Steinkohlebergbaus. Auf dieser Grundlage werden, wie vereinbart, 2003 die Gespräche über eine nationale Anschlussregelung ab 2006 aufgenommen. Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien in Berlin stellt fest, dass die Haushaltsfinanzierung des deutschen

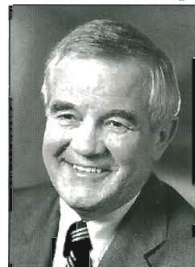
Steinkohlebergbaus im Zeitraum von 2006—2010 gesichert ist.

Neue, effizientere Kohletechnologien tragen den veränderten Umwelt- und Klimaanforderungen Rechnung und erhöhen die künftige Bedeutung der Kohle. Das Ziel, die Kraftwerkswirkungsgrade weiter zu erhöhen, muss konsequent weiterverfolgt werden. Nach dem derzeitigen Stand der Technik können Steinkohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 45 Prozent gebaut werden. Würde die deutsche Technik heute schon weltweit eingesetzt, könnte mit etwa 1,8 Milliarden Tonnen CO₂ rund ein Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen aus Kohlekraftwerken vermieden werden.

Bei einer sauberen, hoch effizienten Kohlenutzung kann NRW eine technologische und industriepolitische Führungsrolle einnehmen. Ein Beispiel hierfür wäre der Bau eines Steinkohlekraftwerkes nach neuesten technologischen Erkenntnissen. Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt den Bau eines solchen Referenzkraftwerkes.

Von Christian Weisbrich (CDU)

Steinkohleförderung ohne Subventionen ist in NRW nicht möglich. Deshalb hatte der Kohlekompromiss von 1997, den die CDU unverbrüchlich mitträgt, einen sozialverträglichen Kapazitätsabbau zum Ziel. Seine Finanzierung ist bis 2005 gesichert. Wie es dann weitergeht, muss spätestens 2003 entschieden werden, damit Beschäftigte und Unternehmen endlich Planungssicherheit bekommen.



Bereits jetzt tun sich für den Bergbau erhebliche unternehmerische Risiken auf, weil Bundes- und Landesregierung keine langfristig belastbare Vereinbarung mit der EU erreichen konnten. So sind Beihilfen zur Rücknahme der Fördertätigkeit lediglich bis Ende 2007 gestattet und Beihilfen, die den Zugang zu den Steinkohlevorkommen sichern sollen, nur noch bis 2010.

Darum ist es nicht hinnehmbar, wenn die Bundesregierung erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen entscheiden will, ob eine nationale Energiereserve auf Steinkohlebasis dauerhaft benötigt wird. Eine nationale Reserve ist unbestreitbar eine nationale Aufgabe, die der Bund

dann auch vollständig bezahlen muss. Ob der Kanzler dazu wirklich bereit ist, kann nicht erst 2006 geklärt werden, denn die Pläne zur Stilllegung oder Fortführung der Bergwerke müssen der EU bis Mitte 2004 verbindlich gemeldet sein. Dann wird sich zeigen, ob die Herren Clement und Schröder all das halten, was sie den Bergleuten versprochen haben.

**Welche
Perspektiven
gibt es für
die Steinkohle
in NRW?**

Von Dr. Gerhard Papke (FDP)

Allein seit 1990 flossen rund 64 Milliarden Euro aus öffentlichen Haushalten sowie über den Kohlepfennig



in den Abbau der deutschen Steinkohle, der mittlerweile fast nur noch in NRW stattfindet.

Für die Jahre 2002 bis 2005 sind über 13 Milliarden Euro vorgesehen, an denen sich NRW jährlich mit 500 Millionen Euro beteiligt. Mit diesen Subventionen

wird ein nicht zukunftsfähiger Wirtschaftszweig, der in Deutschland niemals wettbewerbsfähig werden wird, künstlich am Leben gehalten. Zugleich fehlt in NRW das Geld für neue Lehrer und die Instandsetzung unserer Schulen, es fehlt das Geld für die Förderung der mittelständischen Wirtschaft und die Ansiedlung wettbewerbsfähiger Unternehmen mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen, und es fehlt das Geld für den Erhalt und Ausbau einer modernen Verkehrsinfrastruktur.

Dieser gigantischen Fehllenkung volkswirtschaftlicher Ressourcen muss gerade in der jetzigen überaus schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte ein Ende gesetzt werden. Wir brauchen schleunigst eine nationale Steinkohlekonferenz, auf der ein Ausstieg aus der Kohlesubventionierung bis 2005 vereinbart wird. Aus den dadurch freigesetzten Mitteln muss eine Strukturoffensive für die betroffenen Regionen gestartet werden.

Von Reiner Priggen (GRÜNE)

Der Bergbau hat lange Zeit mehr als jeder andere Industriezweig Nordrhein-Westfalen geprägt und war die industrielle Basis. Doch diese Zeit ist vorbei, der Bergbau in NRW hat eine beeindruckende Ver-



gangenheit, aber keine Zukunft mehr. Es kann jetzt nur darum gehen, mit allen Beteiligten ehrlich umzugehen und um Verständnis dafür zu werben, dass es noch längere Zeit hohe öffentliche Zuschüsse braucht, um den Bergbau sozialverträglich zu beenden.

Wenn diese Ehrlichkeit versäumt wird, schwindet die Akzeptanz für den sozial verträglichen Anpassungsprozess und kann in Aggressivität gegen den Bergbau umschlagen. Massive Umwelt- und Bergschäden wie bei Prosper Haniel, weitere Deichabsenkungen und Risikoerhöhungen für die Menschen am Niederrhein können angesichts des auslaufenden Bergbaus nicht hingenommen werden.

Was wir brauchen, ist ein sozial verträgliches Auslaufscenario, bei dem die Zechen, die die größten Folgeschäden und Risiken verursachen, als erste stillgelegt werden.

Mit den Subventionen, die in diesem Jahr für die rund 45 000 Bergleute gezahlt werden, könnten 72 000 Lehrstellen finanziert werden.

Die SPD ist aufgefordert, von ihrer verständlichen traditionellen Bindung an die Kohle zu einer nüchternen Betrachtung zu kommen. Die CDU darf sich nicht länger um eine klare Positionierung drücken und herumschwimmeln.

„Ermunterung und Verpflichtung zugleich“

Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Ministerpräsidenten. Im Landtag wurde am 6. November 2002 als Nachfolger von Wolfgang Clement der bisherige Finanzminister Peer Steinbrück (55) zum neuen Landeschef gewählt. Um 11.15 Uhr gab Landtagspräsident Ulrich Schmidt das mit Spannung erwartete Ergebnis der geheimen Wahl bekannt: 120 Stimmen für Steinbrück, 107 gegen ihn, eine Enthaltung und eine ungültige Stimme. Damit erhielt er zwei Stimmen mehr, als die beiden Regierungsfractionen SPD und GRÜNE (118 Sitze) zählen. Es gab keinen Gegenkandidaten.

„Ich danke dem Landtag für das ausgesprochene Vertrauen“, erklärte der neue Regierungschef unmittelbar nach dem Wahllakt. „Ich empfinde es als Ermunterung und Verpflichtung zugleich.“ Dann leistete er gegenüber dem Landtagspräsidenten, der ihm zuvor alles Gute für seine kommende Arbeit gewünscht hatte, den vorgeschriebenen Amtseid und nahm aus dessen Hand die Ernennungsurkunde entgegen. Minutenlang Beifall.

Zuvor hatte Landtagspräsident Ulrich Schmidt Clements politische Arbeit für das Land gewürdigt. Schmidt lobte seinen Einsatz für den Strukturwandel im Ruhrgebiet, sein Engagement für Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze, für die er bei den Unternehmen „die Klinken geputzt hat“. Der Präsident zeichnete auch ein Bild des Menschen Clement: Der sei Konflikten nie aus dem Weg gegangen und immer „volles Risiko gefahren“. Bedenkenträger und Miesmacher seien ihm stets ein Gräuel gewesen. Clement sei es immer um die Sache gegangen, das Land zu einer starken Region in Europa voranzubringen. Leidenschaftlich, streitbar und mitunter lautstark habe der Ministerpräsident für sein Anliegen gefochten, aber das sei



„... und Gerechtigkeit gegenüber jedem Mann — und jeder Frau — üben werde“ — mit dieser persönlichen Ergänzung der Formel legte der neue Ministerpräsident Steinbrück (l.) gegenüber Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) den Amtseid ab.

nicht alles. Es gebe auch den lebenswerten, jungenhaften und humorvollen Wolfgang Clement an der Seite seiner Frau Karin, die auf der Zuhörertribüne mit Tochter und Enkelin Platz genommen hatte und der der Landtagspräsident für ihr vielfältiges soziales Engagement dankte.

Der so Angesprochene dankte den Landtagsabgeordneten in Regierungslager und Opposition für Unterstützung, Begleitung und Kritik. Clement dankte zudem auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landes für die vielen Begegnungen und Gespräche. 14 Jahre habe er „in Diensten des Landes“ gestanden; das sei eine Phase der dauerhaften Erneuerung, Modernisierung und Umbrüche gewesen. Er, Clement, gehe nicht mit Wehmut, sondern in Dankbarkeit und ein wenig Stolz. „Wir werden uns nicht aus den Augen verlieren. Meinem Nachfolger wünsche ich allen denkbaren Erfolg. Nordrhein-Westfalen rufe ich zu: Glück-auf und Gottes Segen.“ SPD und

GRÜNE erhoben sich von ihren Sitzen und applaudierten.

Augenzeugen dieser Szene waren auch Schülerinnen und Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums in Hilden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt hatte die 17-Jährigen der zwölften Jahrgangsstufe und ihren Lehrer Ralf Combächer zu dieser Sitzung eingeladen, um junge Leute an die Landespolitik heranzuführen. „Ich mag das Schlagwort von der Politikverdrossenheit nicht mehr hören. Wenn es sie tatsächlich gibt, dann sollte man weniger darüber reden und mehr dagegen tun — und das möglichst früh“, stellte Schmidt mit Blick auf die jungen Leute fest.

Der 6. November war nicht nur der Termin eines Stabwechsels, er war auch der Tag der Geschenke. Als Erinnerung überreichte Landtagspräsident Schmidt dem scheidenden Ministerpräsidenten ein Werk des Künstlers Otmar Alt: Es zeigt den „Zug nach Berlin“, der ist sinnreich für das Land auf ein Brikett gemalt. Der

neue Ministerpräsident Steinbrück erhielt — neben vielen Blumen — von der SPD-Landtagsabgeordneten Ina Meise-Laukamp ein Trikot in den Farben der Olympiabewerbung der Rhein-Ruhr-Region; Rückenaufrdruck „Steinbrück 2012“. Und nicht zu vergessen: Er bekam zwei Stimmen mehr — von wem aus dem Lager der Opposition?

jk



Tochter Babette, Enkelin Amelie und Ehefrau Karin (von links) verfolgten oben auf der Tribüne Wolfgang Clements Abschied aus dem Landesparlament. Dahinter: Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, das Ehepaar Beitz (Krupp-Stiftung Essen) und Karl Starzacher, RAG-Vorstandsvorsitzender. Am rechten Bildrand der frühere Bundesminister Dr. Horst Ehmke. Sie alle waren Gäste an dem anschließenden Empfang, zu dem der Landtagspräsident 300 Bürgerinnen und Bürger eingeladen hatte, darunter auch Steinbrücks Mutter, seine Ehefrau Gertrud und die drei Kinder Katharina, Anne und Johannes.

Fotos: Schälte

Aktuelle Stunde zu Wirtschafts- und Arbeitsdaten

Viele Reden über schlechte Zahlen

Der Landtag debattierte am 7. November über das von der CDU beantragte Thema „Auswirkungen der Veränderung ökonomischer Eckdaten auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in NRW“.



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, teilte mit, nach neuen Zahlen sei die Arbeitslosigkeit in NRW auf 803 800 gestiegen, während sie bundesweit um 12 000 gesunken sei. Auch die Prognosen für das Wirtschaftswachstum müssten drastisch nach unten gesenkt werden. Die Dienstzeit des neuen Ministerpräsidenten sei gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, eine Pleitewelle im Mittelstand und ein marodes Bildungssystem. Steinbrück trage die Verantwortung für die größte Schuldensteigerung in NRW.



Werner Bischoff (SPD)

Werner Bischoff (SPD) antwortete, die Probleme seien bekannt. NRW sei an die Entwicklung in Deutschland, Europa und in der Welt gebunden. Immerhin sei der Anteil jüngerer Arbeitsloser deutlich gesunken.

Dr. Gerhard Papke (FDP) sprach von einem Trümmerfeld des Vorgängers von Steinbrück. Auch der Arbeitsminister habe keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz geschaffen. NRW habe beim Wirtschaftswachstum die rote Laterne bundesweit. Ökosteuer-Erhöhung und höhere Rentenbeiträge belasteten Betriebe und Unternehmen in NRW um 1,5 Milliarden Euro.



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bekannte sich zur Verantwortung für neue Wirtschaftsperspektiven. Starterprämien und zeitlich befristete Befreiung von IHK-Beiträgen für Existenzgründer, Änderungen bei der Zulassung von Handwerksbetrieben und Stärkung des Eigenkapitals seien richtige Schritte. Sagel sprach sich für die reformierte Wiedereinführung der Vermögensteuer aus.



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) meinte, eine fast vermögenslose Betreiber- und relativ reiche Besitzgesellschaft sei keine Grundlage, Unternehmen durch schwierige Zeiten zu führen. Deutschland müsse die Impulse aus Wachstums- und aus EU-Erwartungsländern stärken. Bei den Maßnahmen der Bundesregierung hätten NRW-Modelle Pate gestanden. Die Zahl der Insolvenzen gehe jetzt zurück, dank Coaching und finanzieller Begleitung durch das Land.



Minister Schwanhold (SPD)

Fotos: Schälte

Hermann Josef Arentz (CDU) kritisierte die Absicht, Gewinne bei den Aktien bis zum Lebensende zu versteuern, als massiven Schlag gegen die Aktienkultur, gegen Unternehmensfinanzierung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Die höchsten Arbeitslosenzahlen seit fünf Jahren seien eine Debatte wert. Der Job-Floater sei ein Witz und schaffe zusätzliche Staatsschulden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Horst Vöge (SPD) verteidigte die Umsetzung des Kompromisses beim Hartz-Konzept durch die Bundesregierung und sprach die Hoffnung aus, dass die CDU ihre Blockadehaltung aufgeben werde.

Helmut Diegel (CDU) stellte Verunsicherung und Angst um Arbeitsplätze bei den Menschen fest. Die Investitionsquote von neun Prozent sei Arbeitsplatzvernichtung. Das Land gebe mehr für Schuldentilgung als für Investitionen aus. Der Herr der Schuldenlöcher solle Taten folgen lassen.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, warf der CDU vor, das riesige Problem der Arbeitslosigkeit zu zerreden. Solche Debatten führten nicht weiter. Ein zentrales Problem seien die öffentlichen Finanzen, die zu wenige Aufträge erlaubten. Beim Heranziehen zur Gewerbesteuer müsse sich etwas ändern.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) hielt Arbeits- oder Praktikumsplätze für Jugendliche für besonders wichtig und sprach sich bei Arbeitslosigkeit für schnellere Vermittlung aus. Ferner müssten die Unterstützungen unter einem Dach zusammengeführt, die Zeitarbeit genutzt und mit der Ich-AG die Schwarzarbeit, vor allem im Handwerk, angepackt werden.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) sah hohen Wettbewerbsdruck, steigende Kosten und sinkende Nachfrage als ursächlich an für drastische Einbrüche im Ruhr-Handwerk. Anhebung von Steuer und Sozialabgaben seien ein Offenbarungseid von Rot-Grün und stürzten einzelne Branchen in Existenznöte. Dem Wirtschaftskreislauf würden 27 Milliarden Euro entzogen.

Reiner Priggen (GRÜNE) vermisste konstruktive Alternativen der Opposition und wies auf Mitnahmeeffekte bei der Eigenheimzulage hin, die angegangen werden müssten. Auch die Ökosteuer sei eine richtige Strategie.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) sagte die geringste deutsche Steuerquote seit 20 Jahren, nämlich 20 Prozent, voraus und trat für gezielte Eigenheimförderung von Familien mit Kindern ein. Die nächste Steuerschätzung werde erhebliche Probleme bereiten, jedoch nicht nur in NRW. Die Bundesregierung müsse Ländern und Kommunen helfen, auch wegen der Verfassungsgrenze bei den Haushalten.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) antwortete, der Chef der Regierung habe eingestanden, politisch handlungsunfähig zu sein. Konzepte anzukündigen, mit denen den Menschen Hände und Füße gefesselt würden, seien kein guter Anfang.

Dr. Gerhard Papke (FDP) kritisierte die Verteuerung von Arbeit und befürwortete das Streichen von steuerlichen Ausnahmen. Dabei müsse aber etwas für die Bürger herauskommen. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer sei ein verheerendes Signal für den Mittelstand.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) hielt den Neustart für die zweite Halbzeit Rot-Grün für gelungen.

Fraktionen im engen Schulterschluss: Forschungsprojekt gehört nach Jülich

Die nordrhein-westfälische Großforschungsanlage plant ein Projekt von höchster landespolitischer Bedeutung. Sie möchte, dass die Bundesregierung grünes Licht gibt für die Errichtung einer Europäischen Spallationsneutronenquelle (ESS) in Jülich. Hier handelt es sich um ein Projekt der Elementarforschung, das strahlungsfrei Neutronen produziert, mit denen zerstörungsfrei Materialien zu durchleuchten sind. Jülich steht mit seinem Antrag als Standort in Konkurrenz zu weiteren Großprojekten, die dem begutachtenden Wissenschaftsrat gemeldet worden sind. SPD-Fraktion und GRÜNE beantragten die Aktuelle Stunde am 8. November, um vor der Entscheidung des Wissenschaftsrats noch einmal „nachzulegen“ und die Bundesregierung aufzufordern, eine Entscheidung für Jülich herbeizuführen.

Dietrich Kessel (SPD) betonte, Jülich biete die zentralen Voraussetzungen wie kaum ein anderes Forschungszentrum in Deutschland. Die Haltung des Wissenschaftsrats zu den Jülicher Plänen sei eher zurückhaltend. Aber inzwischen habe sich viel getan; der Wissenschaftsrat sollte darum seine erste Bewertung überarbeiten.

Reiner Priggen (GRÜNE) erwähnte die Lage Jülichs als Argument. Dieser weltweit führende Standort liege neben Technischer Hochschule Aachen und Fachhochschule Aachen, es gebe Verbindungen zu den Universitäten Bonn, Köln und Düsseldorf. Hinter der Grenze lägen weitere fünf Universitäten mit rund 100 000 Studierenden in der Euregio Rhein-Maas. Damit sei Jülich so gut eingebettet, dass es mit gutem Grund nach vorne geschoben werden kann.

Manfred Kuhmichel (CDU) fragte, ob die Landesregierung seit dem einvernehmlichen Beschluss des Landtags in gleicher Sache nichts getan habe, damit jetzt diese Aktuelle Stunde wieder stattfinden müsse. Wenn heute noch einmal nachgelegt werden müsse, dann seien Defizite beim Erledigen der Hausaufgaben festzustellen, betonte er und fand es schade, da müsse sich das Land ent-

sprechend „breit machen“ und selbstbewusst sagen: „Wir sind NRW. Wir haben den Standort Jülich. Der ist abgeprüft, und nirgendwo anders kommt das hin.“

Joachim Schultz-Tornau (FDP) wandte ein, man stehe in einem europäischen Wettbewerb. Wenn man sich hierzulande auf einen Standort in den neuen Bundesländern verständige, der keine Reputation auf europäischer Ebene habe und wo alles neu aus dem Boden gestampft werden muss, laufe man Gefahr, dass Deutschland den Kürzeren ziehe und weder Halle/Leipzig noch Jülich den Zuschlag bekämen.

Forschungsministerin Gabriele Behler (SPD) betonte, NRW brauche Jülich und dessen Ausbau und Jülich brauche ESS. Behler: „Die ESS führt zu einer erheblichen Aufwertung der strukturschwachen Jülicher Region. Sie führt zugleich zu einer Aufwertung der nordrhein-westfälischen Forschungslandschaft. Sie verbessert außerdem die Attraktivität Nordrhein-Westfalens als Wissenschaftsstandort.“ Auch die Wirtschaft brauche diese Einrichtung. „Wir gehen davon aus, dass die Betreuung der ESS als wissenschaftliche Großeinrichtung zum zweiten Standbein für das Forschungszentrum Jülich werden und da-

mit den Wissenschaftsstandort Jülich sichern kann und wird“, erklärte Behler.

Helmut Stahl (CDU) warnte davor, „mit heißem Herzen ein Stück mehr Schaden anzurichten, als es mit kühlem Verstand machbar wäre“. Jülich sei ein exzellentes Projekt, dafür lohne zu kämpfen. Er warne davor, wissenschaftsfremde Erwägungen allzu sehr in den Vordergrund zu rücken.

Dr. Hans Kraft (SPD) fand, wie bei der Olympia-Bewerbung benötige man bei Jülich „ein heißes Herz, kühlen Kopf und langen Atem“. Es gehe um ein „hervorragendes, glänzendes Projekt“. Darüber müsse geredet werden, nicht zuletzt, damit in ganz Deutschland alle „mitbekommen, dass hier über die Fraktionsgrenzen hinweg ein ganz enger Schulterschluss erfolgt ist“.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) wollte wissen, wie es in Berlin zu einer solchen Koalitionsvereinbarung gekommen ist, wonach neue Forschungszentren bevorzugt in den ostdeutschen Ländern anzusiedeln seien. Da hätte die SPD doch die Arme heben und „Stopp“ rufen müssen, fand sie.

„Richtige Weichenstellungen vorgenommen“

Im Rahmen dieser Aktuellen Stunde hat Ministerin Behler ihre letzte Rede als Bildungsministerin vor dem Parlament gehalten. Parlamentspräsident Ulrich Schmidt dankte ihr anschließend dafür, dass Behler über viele Jahre und über Fraktionsgrenzen hinweg eine gute und verlässliche Partnerin gewesen sei.

In ihren Abschiedsworten hatte Behler unter anderem gesagt: „Seit 1995 habe ich dafür gearbeitet, unser öffentlich verantwortetes Bildungssystem auf die steigenden Leistungsanforderungen dieser Zeit auszurichten. Ich bin davon überzeugt, dass dies die vornehmste und die wichtigste staatliche Aufgabe überhaupt ist. Denn nur in öffentlicher Verantwortung wird es gelingen, soziale Benachteiligungen im Bildungssystem auszugleichen und Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen tatsächlich gleiche Chancen zu geben. Ich appelliere an alle, dieses Ziel mit aller Kraft und

höchster Priorität zu verfolgen. Ich übergebe mein Ressort in verschiedene Hände in dem Bewusstsein, auf beiden Feldern richtige und wichtige Weichenstellungen vorgenommen zu haben. Ich verhehle nicht, dies auch mit einem gewissen Stolz zu tun. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen bedanken, die mich dabei hier im Parlament unterstützt haben — durchaus in allen Fraktionen —, aber auch außerhalb des Parlamentes: in Schulen und Hochschulen, bei Lehrern, Eltern, Partnern in der Wirtschaft und in den Kirchen. Vielen habe ich — das weiß ich wohl — auch etliches zugemutet, vielleicht auch manchmal zu viel. Umso mehr war und bin ich dankbar für kritisch-konstruktive Begleitung. Meinen Nachfolgern und Nachfolgerinnen wünsche ich Glück und Erfolg und möglichst viel Unterstützung. Unser Land braucht das. Vielen Dank.“ — Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle anhaltenden, allgemeinen Beifall.



Dietrich Kessel (SPD)



Reiner Priggen



Manfred Kuhmichel (CDU)

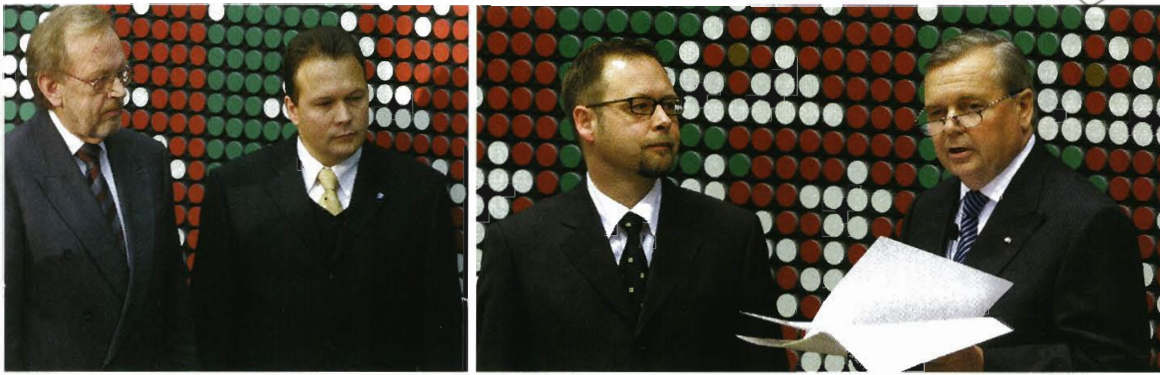


Joachim Schultz-Tornau (FDP)



Gabriele Behler (SPD)

Fotos: Schälte



Neue Abgeordnete im Landtag (v.l.): Horst Westkämper (CDU) aus Solingen, Josef Franz Hovenjürgen (CDU, Haltern) und Dr. Karsten Rudolph (SPD) aus Wetter sind von den Reservelisten ihrer Parteien in den Landtag nachgerückt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) nahm die Verpflichtung vor, hieß sie in der Runde des Landtags willkommen und wünschte eine gute Zusammenarbeit. Foto: Schälte

Politisches Ziel: Gleichberechtigte Teilhabe und selbstbestimmtes Leben

Fast jeder siebte Mensch in Nordrhein-Westfalen (das sind etwa 2,5 Millionen) lebt mit einer Behinderung. Diesen gehandicapten Bürgerinnen und Bürgern muss die Politik gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen. Viel ist im Lande schon erreicht, manches muss noch angepackt werden. Zu einer Bilanz der Situation behinderter Menschen hat die SPD-Fraktion mit ihrer Großen Anfrage aufgefordert: „Behindertenpolitik kann und darf kein Randbereich politischen Handelns sein.“ Die Antwort der Landesregierung (Drs. 13/2864) stand Anfang November auf der Tagesordnung des Plenums.

Michael Scheffler (SPD) nannte die Maßnahmen, die im Land getroffen werden, damit die gesellschaftliche Integration „Schritt für Schritt Realität wird“. Das belege eindrucksvoll die Antwort der Landesregierung. Scheffler: „Behinderte Menschen sind für die SPD-Landtagsfraktion nicht Objekt der Fürsorge. Die Selbstbestimmung behinderter Menschen ist unser zentrales Anliegen.“ Behinderte Menschen hätten Anspruch auf Solidarität und Unterstützung. Sie müssten die gleichen Möglichkeiten erhalten, um sich in allen Bereichen vom Kindergarten, über Schule, Sport, Kultur und Freizeit bis hin zur Arbeitswelt zu integrieren. Der Sprecher ging näher auf das 1998 aufgelegte Aktionsprogramm „Mit gleichen Chancen leben“ ein, für das das Land jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe. Dieses Landesprogramm habe sich als eine „optimale Handlungsgrundlage für die Reformbemühungen der Bundesregierung erwiesen“. Scheffler dankte bei dieser Gelegenheit für die engagierte Mitarbeit der zahlreichen Behinderten- und Wohlfahrtsverbände, der Selbsthilfegruppen, der vielen haupt- und ehrenamtlichen Tätigen in den diversen Einrichtungen: Ohne sie wären alle politischen Fortschritte und Erfolge nicht möglich.

Ursula Monheim (CDU) teilte das Lob für die Antwort der Landesregierung

nicht voll. Sie sei in einigen Teilen gut, in anderen aber dringend ergänzungsbedürftig. So finde die Realität von Haushaltskürzungen in der Antwort keine Berücksichtigung, „diese selektive Wahrnehmung halte ich für fatal“. Monheim: „Die Chance zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation behinderter Menschen — vor allem junger Menschen — wurde verschenkt.“ In der Regel unbeantwortet bleibe die Frage, wie die Zielvorstellungen über Verbesserungen und Fortentwicklungen in einzelnen Bereichen konkret zu erreichen sind. So werde bei der Frühförderung und bei sozialpädiatrischen Zentren dringender Handlungsbedarf totgeschwiegen. Keine ehrliche Einschätzung gebe es auch bei der Auseinandersetzung mit den Bedingungen, die Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Eltern im Land vorfinden. Unverständlich sei es, die Schulen für geistig und körperlich behinderte junge Menschen auszublenken, wie dies die SPD in ihrer Großen Anfrage getan habe — ob es dazu keinen Fragebedarf gebe?

Arbeitsmarktprobleme

Dr. Ute Dreckmann (FDP) appellierte an die Landesregierung: Es wäre schön, wenn sie noch in diesem Jahr den angekündigten Entwurf eines Landesgleichstellungsgesetzes in den Landtag einbringen würde. Aber man müsse auch andere Tatsachen schaffen, etwa erreichen, dass „endlich dieses Landtagsgebäude behindertengerecht umgebaut wird“. So sei etwa der Plenarsaal völlig untauglich für Rollstuhlfahrer. Aber: In der Anfrage und ihrer Beantwortung komme das Thema Mobilität, Erschließung der sozialen Umwelt, Barrierefreiheit und damit Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum nicht vor. Vergeblich sei auch die Suche nach Behindertentaxis und Behindertenfahrdienst. Im öffentlichen Nahverkehr sei nichts aufeinander abgestimmt. Menschen mit Behinderung hätten es nach wie vor schwer auf dem Arbeitsmarkt; oft werde von den Arbeitgebern lieber die Ausgleichsabgabe gezahlt, als einem behinderten Ar-

beitnehmer eine Chance zu geben.

Marianne Hürten (GRÜNE) wandte sich den Förderrichtlinien im sozialen Wohnungsbau, im Öffentlichen Personennahverkehr, den Konzepten zur Vernetzung der Hilfeplanung und dem Landesgleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetz zu. Sie betonte zudem, es sei nicht hinnehmbar, „dass derzeit viele Menschen mit Behinderungen nur deshalb stationär betreut werden, weil geeignete ambulante Angebote fehlen“. Darum seien ambulante Dienste und Hilfen ausgebaut worden, der Bedarf etwa an persönlichen Assistenzen sei bei weitem noch nicht gedeckt.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) fand, „alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes können oftmals auf sehr einfachen Wegen und in ganz alltäglichen Lebenssituationen ihren Beitrag dazu leisten, dass Integration gelingt“. Integration sei Ziel und Prozess zugleich: Alle könnten davon profitieren, dass die unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse des Einzelnen bejaht und jeder Mensch in seiner Individualität angenommen werde. Allerdings lasse sich Integration nicht verordnen; es sei darum Kernbestandteil sozialstaatlichen Handelns, „dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, damit ein auf Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit fußendes Grundverständnis über Integration und Antidiskriminierung in unserer Gesellschaft deutlich wahrgenommen, akzeptiert und gelebt werden kann“. Mit dem kommenden Landesbehindertengleichstellungsgesetz wolle man einen barrierefreien Zugang in öffentlichen Gebäuden sicherstellen, die Möglichkeit erreichen, dass gehörlose, hörbehinderte und sprachbehinderte Menschen sich bei Behörden gängen in der Gebärdensprache verständigen können, dass blinde und sehbehinderte Menschen in der Lage sind, ohne fremde Hilfe den Inhalt von für sie wichtigen Entscheidungen kennen zu lernen. Außerdem sollten Behörden angehalten werden, ihre Internet-Auftritte so zu gestalten, dass sie von behinderten Menschen wahrgenommen werden können.

Neuer Anlauf bei Grüner Gentechnologie Klare Kennzeichnung bei Lebensmitteln

Im Wirtschaftsausschuss berichtete am 30. Oktober der Vorstandsvorsitzende des Bayer-Teilkonzerns CropScience Dr. Jochen Wulff zum Thema des FDP-Antrags „Biotechnologie für den Agrar- und Wirtschaftsstandort NRW“ (Drs. 13/2735). In dem Antrag fordert die FDP, NRW dürfe sich der Grünen BioTechnologie nicht länger verschließen.

Der Bayer Teilkonzern CropScience (wörtlich übersetzt: Erntewissenschaft) sei mit 22 000 Mitarbeitern, davon 4 800 in Deutschland, und Hauptsitz in Monheim/NRW weltweit zweitgrößtes CropScience-Unternehmen mit einem Umsatz von 6,5 Milliarden Euro, führte Dr. Wulff aus. Er investiere für Pflanzenbiotechnologie-Forschung jährlich 100 Millionen Euro. Umsätze seien derzeit aber nur außerhalb Europas zu erwarten. Weltweit nutzen über fünf Milli-

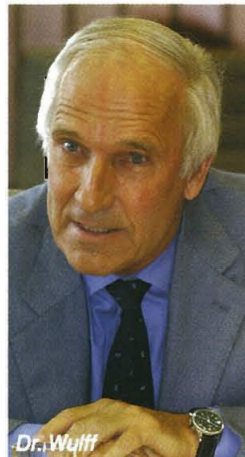


Erkrankter Mais

onen Landwirte in 33 Ländern der Erde gentechnisch erzeugten Pflanzenschutz, vor allem beim Anbau von Soja, Mais, Baumwolle, Reis und Raps. Die EU importiere hiervon 40 Millionen Tonnen Getreide, Ölsaaten und Futtermittel. In NRW bewirtschafteten 50 000 Landwirte eine Million Hektar Ackerland. Aus politischen Gründen sei ihnen großflächiger Anbau gentechnisch behandelter Produkte aber nicht möglich. Investitionsentscheidungen seien nur bei „klaren Regeln zu Schwellenwerten und Kennzeichnung“ zu verantworten. In der deutschen Öffentlichkeit sei die Anwendung von Biotechnologie negativ besetzt. Auch in der EU stauten sich 13 Anträge auf Zulassung fertiger Produkte. Praktikable Schwellenwerte seien nicht in Sicht. Das Nebeneinander von gentechnisch behandelten und nicht behandelten Lebensmitteln sei der einzig gangbare Weg. Es gehe bei Regelungen

der Kennzeichnungspflicht nicht um Sicherheit, sondern um die Wahlfreiheit der Verbraucher. Alle Untersuchungen belegten, dass von gentechnisch behandelten Produkten keine Gefährdung für Menschen, Tiere und Umwelt ausgehe. Dagegen könnten Landwirte zum Beispiel bei insektenresistentem Mais von Saatgutvorhaben profitieren.

Die Politik müsse mehr Verantwortung übernehmen und für Rechtssicherheit auf internationaler Ebene sorgen, meinte Dr. Wulff. Es gehe nicht nur um Emotionen, sondern auch um Ideologie. Reiner Priggen (GRÜNE) erinnerte an schmerzliche Erfahrungen mit spät entdeckten Schäden neuer Stoffe. Neue Richtlinien sollten nur begrenzte Zeit gelten und die Genehmigung zurückgezogen werden können, antwortete PR-Chef Lutz Knabe. Christian Weisbrich (CDU) fragte nach Methoden, kontrollierte und unkontrollierte genetische Veränderungen zu unterscheiden. Werner Bischoff (SPD) äußerte mit Blick auf die Bayer-Weltkarte Sorge über das Auseinanderfallen von Entwicklungs- und Anwendungsstandorten in NRW.



Dr. Wulff

Wirtschaftsausschuss Tariftreuegesetz

Im Wirtschaftsausschuss nahmen am 30. Oktober Vertreter der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände und von Wirtschaftsverbänden sowie Verkehrsunternehmen und des Baugewerbes zum Regierungsentwurf eines Tariftreuegesetzes NRW (Drs. 13/2965) Stellung. Das Gesetz verpflichtet Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, zur Zahlung des Tariflohns „am Ort der Leistungserbringung“ und soll am 1. Januar 2003 in Kraft treten.

Die Vertreterinnen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft ver.di verteidigten das Vorhaben unter Hinweis auf massiven Einsatz von Niedriglohnkräften im Baugewerbe und ähnliche Entwicklungen beim Öffentlichen Personennahverkehr. Der DGB schlägt mehrere Präzisierungen vor. Er hält den Schwellenwert von 50 000 Euro beim Auftragswert für zu hoch und fordert, wie in Niedersachsen, 10 000 Euro, um auch kleinere Betriebe zu erfassen. Nachunternehmer sollten vom Bieter schon bei Abgabe des Angebots mitgeteilt werden. Bei Angeboten, die zehn Prozent niedriger als nächsthöhere liegen, soll ihre Kalkulation überprüft werden. Auch will der DGB nur Angebote zulassen, wenn Bieter aktuelle Sozialabgaben- und Steuerzahlun-

Dr. Nicola Hirsch (DGB, l.) und Gabriele Schmidt (ver.di) unterstützten den Regierungsentwurf auch mit Hinweisen auf Wettbewerbsverzerrungen durch Niedriglöhne für Arbeitskräfte aus Osteuropa; Vorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU) leitete die Anhörung im Wirtschaftsausschuss.

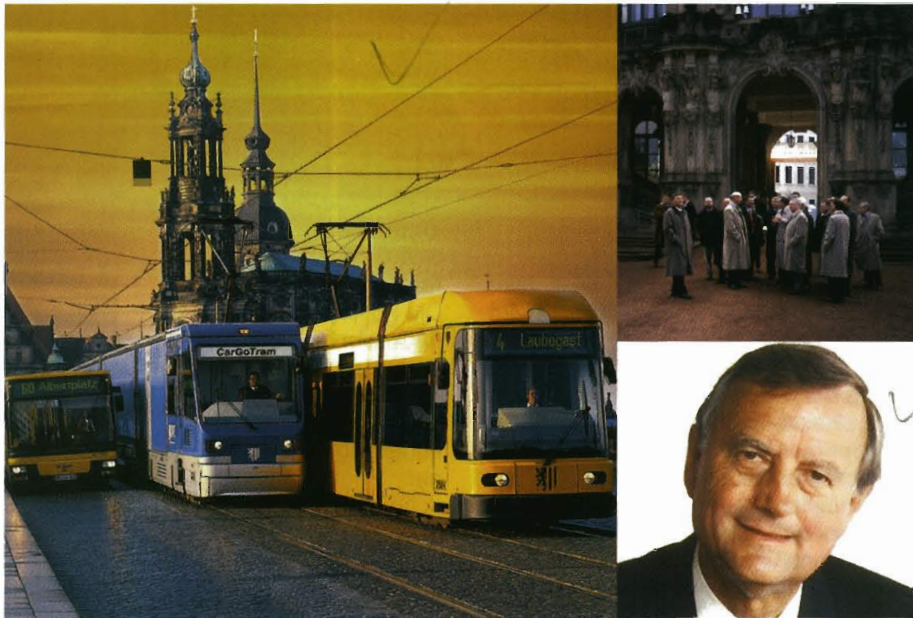
Fotos: Schälte



gen nachweisen und einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister sowie eine Tariftreueerklärung vorlegen. Ein auf Initiative von NRW auf Bundesebene eingebrachtes Bundesgesetz scheiterte im Juli im Bundesrat. Das veranlasste den Sprecher des NRW-Städte- und Gemeindebunds Dr. Hans-Ulrich Schwarzmann, verfassungsrechtliche Bedenken anzumelden. Er wies außerdem darauf hin, dass den Kommunen durch die höheren Kosten ein Investitionsvolumen in Höhe von mindestens 0,5 Milliarden Euro verloren ginge. In der Gesetzesbegründung wird die Verteuerung öffentlicher Bauaufträge auf fünf Prozent geschätzt und Verwaltungsaufwand beim Vollzug vorhergesagt. Der NRW-Städtetag begrüßt dagegen den Entwurf, schlägt aber einen höheren Auftragswert (200 000 Euro) vor.

Vertreter der Bauindustrie und der kommunalen Spitzenverbände wiesen auch darauf hin, dass die Kontrolle der Lohnkosten nach Auftragserteilung eigentlich zu spät erfolge, unwirksam sein werde und besser schon vorher in den Vergabeausschüssen durch Anwendung der Verdingungsordnung Bau erfolgen solle. Für die DB Regio berichtete Bernhard Weinstein, die DB beschäftige rund 400 Subunternehmer im Busverkehr, mit denen Haustarife (knapp unter ver.di-Tarifen) vereinbart würden. Bei Inkrafttreten des Tariftreuegesetzes mache das keinen Sinn mehr. Die Verteuerung werde jedoch erheblich sein. Johannes Krems (Verband NRW-Omnibusunternehmen) vermutete, seine Unternehmen hätten bei ver.di-Tarifen keine Chancen mehr, es sei denn, sie würden das Angebot einschränken.

Aufbau Ost in Leipzig und Dresden beeindruckte den V



Der Verkehrsausschuss (oben r. im Innenhof des Dresdner Zwingers) unternahm Ende Oktober unter Leitung seines Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) und seines Stellvertreters Günter Langen (CDU) eine Bahnreise nach Leipzig, Dresden und Berlin. In der sächsischen Landeshauptstadt verkehrt die „erste Güterstraßenbahn des 21. Jahrhunderts“ (großes Foto Mitte); sie transportiert Autoteile zur Gläsernen Manufaktur auf „normalen“ Gleisen. Nicht nur vom Management bei der Straßenbahn berichtete der Vorstandssprecher der Dresdner Verkehrsbetriebe Frank Müller-Eberstein (Foto r. unten), sondern er begleitete den Ausschuss auch bei Fahrten mit der Schweb- und der Standseilbahn zur eindrucksvollen Aussicht auf der Loschwitzhöhe.

Güterstraßenbahn in Gelsenkirchen gebaut

Am 2. Tag besichtigte der Verkehrsausschuss die „Gläserne Manufaktur“ in Dresden, ein umstrittenes, aber höchst eindrucksvolles Bauwerk, das der Volkswagenkonzern zur Montage des Luxuswagens Phaeton am Rande des Zentrums errichtete. Die Dresdner Güterstraßenbahn CarGoTram, die das Werk mit staubfreien Montageteilen vom Logistikzentrum aus beliefert, wurde in der Schalker Eisenhütte Gelsenkirchen gebaut. Das NRW-Werk ging als Sieger aus der Ausschreibung hervor und baute den ersten Zug in Rekordzeit von weniger als einem Jahr, erfuhr der Verkehrsausschuss.

Im Vorzeigebau von VW ist alles vom Feinsten. Der „Olymp“, ein Mehrzweckraum mit rundem „Kabinettstisch“, hat unsichtbare eingebaute Medientechnik. Im „Atelier“ erläuterte Kundenmanager Uwe-Jens Langer, wie die Fahrzeugbestellung inszeniert wird: „Hier kann sich jeder Interessent sein Auto selbst konfigurieren.“

Eine ganz andere Inszenierung war beim Besuch des Ausschusses in Vorbereitung. Wegen der Hochwasserschäden an der Semperoper wird in der Manufaktur die „Carmen“ geprobt. Die Premiere dieser einmaligen Koproduktion von Industrie und Kultur findet am 26. November statt. Dem Dresdner VW-Werk kommt dieses Ereignis gerade

recht, denn die Limousinen-Kultstätte ist vom Alltagsgeschehen in der Stadt doch etwas abgehoben (Bild aus Montage r.). Die sächsische Landeshauptstadt Dresden begrüßte die Besucher mit blauem Himmel und weißen Wolken. Viele schöne Neubauten und renovierte Altbauten leuchteten in der Sonne, als der Verkehrsausschuss mit einem Sonderwagen der Straßenbahn über die Augustusbrücke in die Neustadt und über die Carolabrücke wieder zurück in die Altstadt fuhr. Voller Stolz zeigte der Vorstandssprecher der Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) Frank Müller-Eberstein dabei auch die Flotte der neun Schaufelraddampfer am Elbufer.

Den Dresdner Verkehrsbetrieben, nach der Wende in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, gelang es, ihr stark vermaschtes Schienennetz zu erhalten und auszubauen. Trotz erheblicher Fahrpreiserhöhungen hielten die Dresdner ihrer Straßenbahn die Treue. Die Fahrgastzahlen stiegen auf 140 Millionen. Mit 250 Fahrten pro Einwohner und Jahr befinden sich die DVB an der Spitze deutscher Großstädte. Auch die aktuellen Finanzprobleme sparte der Technik-Chef nicht aus: weiterer Personalabbau, Einfrieren der Löhne und Gehälter bis 2009, Abschaffen von drei freien Tagen, Ausflaggen von Buslinien, Dumpinglöhne durch Fahrer aus Osteuropa.

Nach dem Hochwasser

Das Hochwasser vom August hatte dem öffentlichen Verkehr wie noch nie in seiner 130-jährigen Geschichte die Innenstadt unter Wasser. Dann verließen die Stadtteile in der Flut. Straßenbahnen standen still, Gleise wurden westliche Stadtteile vom Bahnhof gesperrt werden. Die Verbindung der beiden Ufer nie erlebt worden war. Heute ist das Streckennetz das Loch in der DVB-Kasse durch Schäden an der Katastrophe, für deren Bewältigung die Verkehrsunternehmen hielten.

Im Sächsischen Landtag empfing die stellvertretende Vorsitzende Gesine Matthes (CDU, Foto r.) aus Dresden aus Düsseldorf. Im Parlamentsgebäude Dresden, wie in der Semperoper, die gesamte Theaterhalle war im Untergeschoss installiert und wird jetzt wieder „nach oben“ verlegt. Frau Matthes lag bei der Begrüßung im Herzen: „Alles funktioniert wieder, es gibt keine Probleme bei den Reisen wegen des Hochwassers abzu-

Leipziger Promenade

Das fünfte Jahr der Neugestaltung seines Hauptplatzes feiert Leipzig ein großes Fest unter dem Motto „Zirkus im Zentrum“. Die Immobilien hatte das „Pilotprojekt für Bahnhofsviertel“ der Leipziger Verkehrsbetriebe AG umgesetzt. Im historischen Hauptbahnhof Leipzig Erfolgsgeschichte des Umbaus: nur 24 Monate Bauzeit, 321 Millionen Mark Umsatz im Jahr 2009. Denkmalgeschützt wurde die Bahnhofsfassade durch viel Licht und Raum bewundert wurde. Das Dienstleistungsparadies gestaltet, das direkt am Hauptbahnhof Leipzig. Der Bahnhofsviertelbesuch wurde zu einem touristischen Erlebnis. Hier nichts anhaben kann. Den Verkehrsausschuss beeindruckte die Fassade des Gebäudes ebenso wie die Sauberkeit der Umgebung. Zudem durch Kameraüberwachung garantiert noch zu einem Kurzbummel in die Stadt, bei der man gespannt. Wegen einer beim Hochwasser eingelegten Bus-Shuttle Leipzig mit Dresden. Die Hilfsbrücke stand unmittelbar bevor.



Verkehrsausschuss

Im Winter fehlen die Touristen

Der Winterverkehr in Dresden einen Notstand beschleunigte. Zunächst setzte die Sturzflut der Weichen bei steigendem Pegel der Elbe weitere Schäden an einen Meter unter Wasser. Durch zerstörte Weichen wurde das Netz abgetrennt. Die Elbbrücken mussten teilweise mit Bussen aufrechterhalten, was noch im Winter fast vollständig wieder in Betrieb. Nur noch in Höhe von 50 Millionen Euro erinnert an die Schäden, die Betriebsbetriebe viel Lob er-

stretende Ausschussvorsitzende beauftragt die Abgeordnete durch das Hochwasser zerstört worden. Sie ist im Zuge der Reparaturen besonders die Botschaft am Ende des Jahres Grund mehr, Dresden zu feiern!"



Leipzig Hauptbahnhof feiert

Der Hauptbahnhof feiert Leipzig Mitte November mit dem "Leipzig Hauptbahnhof". Eine Gesellschaft für gewerbliche Großrevitalisierung" in Zusammenarbeit mit der Deutsches Institut für den öffentlichen Raum schilderte Servicemanager Reinert die Bauzeit, durchschnittlich 100 000 Besucher pro

Architektur renoviert, die schon vor hundert Jahren drei Etagen wurden zu einem Einkaufs- und Aufenthaltszone Leipzigs anschließt. Der Hauptbahnhof, ein Anziehungspunkt, dem auch schlechtes Wetter nichts anhaben kann. Der Ausschuss beeindruckte die 300 Meter lange Außenwand und Sicherheit auch im Innern, die unter anderem durch ein herrlicher Regenbogen die Abreise überstürzt Eisenbahnbrücke verbindet noch im Probebetrieb des Zugverkehrs auf einer Be-

Haushalt und Metrorapid

Zurück in Düsseldorf standen am 31. Oktober die Haushaltsberatungen auf der Tagesordnung. CDU-Sprecher Heinz Hardt klagte über gekürzte Investitionsmittel für den Landesstraßenbau. Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) beantwortete einen längeren Katalog von Fragen der GRÜNE-Fraktion zu Kosten des Projekts Metrorapid und zu Haushaltsansätzen im Entwurf 2003 für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Für den Integralen Taktfahrplan (ITF) 2 seien im Haushaltsjahr 701,5 und für Bahn- sowie ÖPNV-Infrastruktur 412 Millionen Euro veranschlagt. Für ÖPNV-Fahrzeugförderung würden im Jahr 2002 Zuschüsse in Höhe von 103 Millionen Euro ausgegeben. Für den Schienenpersonennahverkehr seien 2002 64 Millionen Euro vorgesehen.

Für das Projekt Metrorapid listete Minister Schwanhold fünf Posten mit einem Volumen von rund 5,6 Millionen Euro im Jahr 2001 und für das Jahr 2002 mit insgesamt 15,7 Millionen Euro auf.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Im **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) stimmten am 6. November die Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN der Aufhebung der Vergnügungssteuer zu. In der Ausschussanhörung am 30. Oktober hatten Wirtschaftsverbände vor Arbeitsplatzverlusten und Kneipenschließungen gewarnt und dazu auf den Modellversuch hingewiesen, bei dem sämtliche Pilotkommunen die Vergnügungssteuer erhöht hätten. Die kommunalpolitischen Sprecher der Fraktionen appellierten an das Verantwortungsbewusstsein der Räte bei Satzungsänderungen.

Im **Unterausschuss Personal** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) berichtete Abteilungsleiter Rolf Krähmer (Finanzministerium) am 5. November, zur Erleichterung des Personaltransfers zwischen dem Land und den Kommunen habe das Land einen Vertrag mit der Stadt Köln geschlossen, wonach Landesbedienstete des mittleren Dienstes, die zur Stadt wechseln, ein Rückkehrrecht in der Probezeit und/oder eine Wechselprämie von 5 000 Euro erhalten. Das Verfahren, das auch bei anderen Kommunen Interesse findet, soll zum schnelleren Abbau von kw-Stellen in der Finanz-, Justiz- und Versorgungsverwaltung führen.

Der **Ausschuss für Haushaltskontrolle** (Vorsitz Rolf Seel, CDU) befasste sich am 12. November mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofs (LRH) zum Landshaushalt 2001. Der LRH hält unter anderem das Einnahmepotenzial der „Jagdnutzung im Staatswald“ für „bei weitem nicht erschöpft“. Weit weniger als die Hälfte des zum Abschuss freigegebenen Wilds sei nicht von zahlenden Jagdgästen, sondern von Forstbeamten erlegt worden. Für einen erlegten Rothirsch rechnet der LRH mit einer Einnahme von 5 000 bis 8 000 Mark.

Auf der Tagesordnung des **Umweltausschusses** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) stand am 13. November der Änderungsentwurf der Landesregierung, wonach der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband aufgelöst und ein Altlastensanierungs- und -aufbereitungsverband gegründet wird. Die Lizenzentgeltverordnung nach dem derzeit geltenden Landesrecht wird aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aufgehoben.

Der **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) führte am 14. November eine öffentliche Anhörung zum

Dienstrecht durch, veranlasst durch den CDU-Antrag „Änderungen im Hochschulrecht des Bundes transparent und forschungsfreundlich auf Landesebene umsetzen“ (Drs. 13/2507). Die Hochschulvertreter wurden um Stellungnahmen zur Juniorprofessur und zu leistungsgerechter Besoldung (Funktions-, Berufungs-, Bleibe- sowie besondere Leistungszulage) gebeten.

Der **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) zog zur Beratung des FDP-Antrags „Kinder und Jugendliche an der Politik beteiligen“ (Drs. 13/2151) am 14. November Sachverständige hinzu. Die Beratung fand von 10.00 bis 12.30 Uhr im Plenarsaal statt.

Im Haushalts- und Finanzausschuss

(Vorsitz Volkmar Klein, CDU) berichtete am 31. Oktober Präsident Friedel Fleck (Foto: Schälte) über die neue Filialstruktur der Bundesbank in NRW, über nachlassende Nachfrage nach Dienstleistungen wie dem Bargeldverkehr und Rationalisierung bei der Geldbearbeitung. Im Ausschuss äußerten alle Fraktionen ihr einmütiges Interesse an weiterer regionaler/Branchen-Berichterstattung (der Hauptverwaltung Düsseldorf).

Der **Medienausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) tagte am 15. November in den Räumen der NRW Medien GmbH im Düsseldorfer Hafen. Auf der Tagesordnung stand ein Gespräch mit Geschäftsführer Helmut G. Bauer und weiteren Vertretern.

Der **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) zieht zur Beratung des CDU-Antrags „Stopp der Vernachlässigung: Erhalt der Schriftkultur“ am 27. November Sachverständige hinzu. Es geht um die Umsetzung des Pflichtexemplargesetzes NRW sowie um ausreichende Personal- und Mittelausstattung der Universitätsbibliotheken Düsseldorf, Bonn und Münster für ihre zusätzlichen Aufgaben als Landesbibliotheken.

Die ganztägige Anhörung des **Wirtschaftsausschusses** zum Mittelstandsgesetz (Drs. 13/2707) findet am Mittwoch, 4. Dezember, statt. Eingeladen wurden 55 Verbände und Institutionen.



Neuer Vorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion ist Dr. Ingo Wolf (l.). Als Nachfolger des zurückgetretenen Jürgen W. Möllemann setzte sich der 47-jährige Rechtsanwalt aus Euskirchen in einer Kampfabstimmung gegen seinen Mitbewerber Dr. Stefan Grüll mit 14 zu neun Stimmen durch. Zu Stellvertretern wählten die 23 anwesenden FDP-Landtagsabgeordneten den Düsseldorf-Rechtsanwalt Dr. Robert Orth (2.v.l.) und den aus Erwitte stammenden Bankkaufmann Christof Rasche (r.). Marianne Thomann-Stahl (2.v.r.) aus Minden bleibt Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion. Foto: Schälte

Doppelte Abrechnung eines Krankentransports

Erst eine vom Petitionsausschuss beschlossene Anhörung veranlasste die Stadt Köln, die unberechtigte Forderung für einen unnötigen Krankentransport zurückzunehmen und der Petentin den bereits überwiesenen Betrag in Höhe von 204,52 Euro zu erstatten.

Die Petentin wurde aufgrund eines schweren Unterzuckerungszustandes von ihrem Hotelzimmer in Köln mit dem Rettungsdienst in das Krankenhaus Hohenlind gebracht und dafür eine Transportpauschale von 364 Mark berechnet. Aufgrund des ärztlichen Zeugnisses verfügte das Ordnungsamt aber die sofortige Unterbringung in der Klinik Köln-Merheim. Daraufhin fuhr der Rettungswagen die Patientin bereits nach etwa 30 Minuten zur Klinik Merheim. Für diesen Transport wurden abermals 364 Mark Transportpauschale berechnet. Nach Auffassung der Patientin hätte sie sofort in die

Klinik eingeliefert werden müssen. Selbst bei der kurzen Unterbrechung beim Krankenhaus Hohenlind handele es sich nur um einen Krankentransport, für den auch nur eine Transportpauschale in Rechnung zu stellen sei.

Obwohl die Stadt Köln den Widerspruch der Petentin noch nicht bearbeitet hatte, hat sie der Petentin auch noch Mahn- und Vollstreckungskosten in Höhe von 36 Mark berechnet. Die Anhörung hat zwar nicht dazu geführt, dass die Stadt Köln ihre Fehler eingestanden hat. Die Petentin brauchte aber ihren Krankentransport nicht zweimal zu bezahlen.

Petitionsausschuss für Familiennachzug

Einer aus St. Petersburg/Russland eingewanderten jungen Frau verweigerte die Stadt den Nachzug ihres Mannes. Sie studiert in Bonn, erhält Kindergeld für ein Kind sowie Bafög in Höhe von 998 Mark, verdient zusätzlich monatlich 630 Mark. Das NRW-Innenministerium bestätigt, dass der Lebensunterhalt des Mannes überwiegend aus öffentlichen Mitteln sichergestellt würde und dass einem Einreisevisum daher nicht zugestimmt werden könne.

Abgeordneter Bernhard von Grünberg (SPD) wandte sich daraufhin an den Petitionsausschuss des Bundestages und argumentierte, die andauernde Trennung der Familie sei eine besondere Härte, zumal das Einkommen unter dem Strich für beide ausreiche. Das Bundesinnenministerium: Im vorliegenden Fall würden keine zusätzlichen öffentlichen Mittel in Anspruch genommen. Den Ländern blieben in Einzelfällen Ermessensspielräume.

Das Thema solle bei der nächsten Ausländerreferententagung behandelt werden.

Der Petitionsausschuss des Landtags hörte die Betroffenen im Landtag an. Er bat das Innenministerium, seine Position zu überdenken, und empfahl dem Ehemann, sich um eine Arbeitsplatzzusage und dann um ein Einreisevisum zu bemühen. Die Stadt Bonn verlängerte das Besuchvisum um drei Monate.

Justizakademie: Forschung über „Rechtsprechung“ unter den Nazis

„Ich freue mich, dass der Rechtsausschuss des Landtags erstmals seit Eröffnung der Justizakademie im Jahr 1984 den Weg nach Recklinghausen gefunden hat.“ Mit diesen Worten begrüßte Michael Schmidt, Leiter der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen, die Mitglieder des Rechtsausschusses, die unter dem Vorsitz von Dr. Robert Orth (FDP) in Recklinghausen zu einer auswärtigen Sitzung zusammengekommen waren. Der Ausschuss wolle, so Orth, jedes Jahr mindestens eine Justizeinrichtung des Landes besuchen.

An Ort und Stelle informierte sich der Ausschuss über die Arbeit der Akademie und über die dortige Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“. Über diese von Dr. Schlüter betreute Ausstellung zeigten sich die Ausschussmitglieder besonders beeindruckt. Die Dokumentations- und Forschungsstelle wurde 1988 gegründet und ist der Justizakademie angegliedert. Die Arbeit steht inzwischen als Wanderausstellung zur Verfügung und beleuchtet die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus, die in dieser Zeit 16 500 Todesurteile gefällt hat.

Die Justizakademie des Landes ist Fortbildungsstätte für alle Bereiche der Justizverwaltung. Auch die Deutsche Richterakademie führt hier ihre NRW-Tagungen durch. Regional begrenzte Fortbildungsveranstaltungen werden in dem Haus mit 88 Einzelzimmern zur Unterbringung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls angeboten. Neben einem großen Veranstaltungssaal, sechs Seminar-, fünf Gruppen- und zwei EDV-Räumen stehen den Gästen eine Bibliothek und ein Internet-Café für ihre Fortbildung zur Verfügung.

Nach der stellvertretenden Leiterin Gabriele Hüsgen schlägt die Akademie neue Wege ein; sie will mit Hilfe von Bedarfserhebungen von einem angebot zu einem bedarfsorientierten Fortbildungsangebot kommen. Der Wert der Fortbildung solle durch zukunftsorientierte Inhalte wie dem neuen Fortbildungsschwerpunkt „Wirtschaftskriminalität“ und einer breiten Schulung in den neuen Informationstechnologien gesteigert werden. Die Akademie erhofft sich von alternativen Lernwegen unter Einsatz der elektronischen Medien, in Zukunft noch mehr Justizbeschäftigte erreichen zu können.

Reform des Bestattungswesens: Gegner und Befürworter kreuzen die Klingen

Können demnächst in Nordrhein-Westfalen Verstorbene ohne Sarg in der Erde eines Friedhofs bestattet werden? Und wird es den trauernden Hinterbliebenen gestattet, die Urne mit der Asche ihres Angehörigen mit nach Hause zu nehmen oder den Urneninhalt – ganz im Sinne des Verstorbenen – auf eine Wiese zu streuen? Als erstes Bundesland plant NRW die umfassende Neuregelung des Friedhofs- und Bestattungswesens. Dazu hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 13/2728). Darüber und über einen Gesetzentwurf der FDP (Drs. 13/300) führte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) Ende Oktober eine Anhörung durch.

Was die Abschaffung der Sargpflicht angeht, so fand der Sprecher des Katholischen Büros, sollte auf die alte Vorschrift ohne Not nicht verzichtet und eine über viele Generationen entwickelte Totenkultur sollte – vielleicht aus Kostengründen – nicht aufgegeben werden. Die katholische Kirche reklamiere zudem ihr altes Recht, Friedhöfe betreiben zu können und ihre Bischöfe, Geistlichen und Ordensleute in der Nähe ihrer geistlichen Wirkungsstätte beisetzen zu können. Was die Privatisierung von Friedhöfen anbelangt – auch diese neue Möglichkeit eröffnet der Entwurf der Landesregierung –, so unterstrich

Totenruhe

der Sprecher der Evangelischen Kirchen: „Auf Dauer kann nur ein öffentlich-rechtlicher Träger die Totenruhe gewährleisten“. Diesen Standpunkt teilten ausdrücklich auch die kommunalen Spitzenverbände, die eine Erhöhung der (meist jetzt schon als hoch empfundenen) kommunalen Friedhofsgebühren durch die „Rosinenpickerei“ der Privaten kommen sahen. Der Bundesverband deutscher Bestatter fand hingegen nichts dabei, auch Privaten die Trägerschaft zu ermöglichen: Die seien oft Impulsgeber für die Fortschreibung der Bestattungskultur, was die neue Einrichtung so genannter „Friedwälder“ zeige. Konter von anderer Seite: Diese Friedwälder, eine Marketingidee aus den USA, seien nur für Wohlhabendere erschwinglich. Die Front der ablehnenden Stellungnahmen war damit nicht erschöpft. Der Bundesverband Sargindustrie ließ verlauten, ein Sarg sei fester Bestandteil der Beisetzung. Der Sarg sei aus hygie-

nischen, praktischen und Umweltgesichtspunkten notwendig. Die Friedhofsgärtner befürchteten ein Mehr an Bürokratie und hielten nichts davon, die Totenruhe „reinen Lifestyle-Überlegungen“ zu opfern. Die Steinmetzinnung plädierte dafür, dass vom strikten Kostendeckungsprinzip der Friedhofsträger zu Gunsten sozialer Gesichtspunkte abgewichen werden könne. Die Gewerkschaft ver.di schließlich wandte sich, mit Blick auf die Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Bürgerinnen und Bürger, gegen eine Privatisierung von Friedhöfen und Feuerbestattungsanlagen. Das müsse öffentliche Aufgabe bleiben; alles andere stelle einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

„Erhebliche Verbesserungen für Verbraucher“ erkannte aeternitas, Verbraucherinitiative Bestattungskultur, in dem Gesetzentwurf. Gründe seien die Einbeziehung privater Dritter, die das „Tagesgeschäft“ und nicht die Trägerschaft von Friedhöfen übernehmen und somit Einsparpotentiale realisieren könnten. Schätzungsweise zwei bis drei Prozent, so der Sprecher, würden eine Aufbewahrung einer Urne in den eigenen Räumen wünschen – zusammen mit denen, die ein Verstreuen ihrer Asche verfügten, sei da nicht zu befürchten, „dass die Friedhöfe verwaisten“. Auch dieses Argument blieb nicht ohne Gegenargument: Wenn Angehörige die Urnen mit der Asche eines Verstorbenen in ihren Räumen aufbewahren können, dann werde unter Umständen anderen Verwandten und Freunden der Besuch der letzten Ruhestätte (und damit ihre Möglichkeit zu trauern) verwehrt. Und wer garantiere, dass die Totenruhe gewahrt bleibe, wenn der aufbewahrende Angehörige umziehe oder selber sterbe? Die Kommunen jedenfalls sahen sich bei der Anhörung außer Stande, dies administrativ zu überwachen und die Achtung der Totenruhe etwa über ein „Urnenbuch“ sicherzustellen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung soll weitere Entwicklungen festschreiben. So räumt er Eltern ausdrücklich das Recht ein, Tot- und Fehlgeburten auf einem Friedhof zu bestatten und nicht mehr hinnehmen zu müssen, dass Tot- und Frühgeburten unter einem bestimmten Gewicht als „Klinikmüll“ entsorgt werden. Dafür zeigten sich in der Anhörung der Sprecher der Vereinigung „Verwaiste Eltern“ ausdrücklich dankbar. Es sei die Forderung seines Verbandes stets gewesen, bei der Bestattung Tot-, Früh- und Fehlgeburten den Lebendgeburten gleich zu stellen.

Mit seinen Bestimmungen zu Leichenschau, Todesbescheinigung, Obduktion und Benachrichtigung der Behörden beim Verdacht eines nicht natürlichen Todes beschäftigte der Gesetzentwurf der Landesregierung auch Mediziner und Polizei. Dabei fand unter den Fachleuten die Vorschrift Zustimmung, dass die Leiche in unbekleidetem Zustand vom Arzt zu „besichtigen“ und sorgfältig zu untersuchen sei. Die jetzige Praxis veranlasste einen Mediziner zu der Bemerkung: „Der so genannte perfekte Mord geschieht täglich vor unseren Augen“. Auf einen anderen Umstand machte ein polizeilicher Sprecher aufmerksam. Wenn über Notruf eine „Leichensache“ gemeldet werde,



Kleine interfraktionelle Besprechung am Rande der Anhörung: Ausschussvorsitzender Bodo Champignon (SPD, Mitte) mit (im Uhrzeigersinn gesehen) Dr. Ute Dreckmann und Dr. Jana Pavlik (beide FDP), Rudolf Henke (CDU), Barbara Steffens (GRÜNE) sowie Rainer Bischoff (SPD).

Foto: Schälte

komme oft gar nicht mehr der Notarzt, sondern eine Krankenwagenbesatzung, die vor Ort den Befund erhebe. Da vergehe oft zu viel Zeit, um einem Bewusstlosen vielleicht noch zu helfen. Der Sprecher kritisierte auch, dass nach dem Entwurf Notärzte bei ihren Einsätzen auch weiterhin nicht zur Leichenschau oder zur Ausstellung der Todesbescheinigung verpflichtet sind. Wie relativ eine (christlich bestimmte) Trauerkultur sein kann, zeigen die Überzeugungen von Menschen aus anderen Kulturkreisen. So lobte in seiner schriftlichen Stellungnahme der Zentralrat der Muslime in Deutschland den Gesetzentwurf, weil er den islamischen Brauch der Beisetzung von Verstorbenen ohne Sarg ausdrücklich gestatte. Im Islam sei die Bestattung ohne Sarg die einzige erlaubte Bestattungsart. Das wiederum führte zur Aufforderung anderer Anhörungsteilnehmer an Gesetzgeber und Landesregierung, es bestehe keine Veranlassung, diesen Ausnahmefall zur Regel werden zu lassen.

„Geld für die Bildung als Investition und nicht als Kosten ansehen“

Mit den Folgerungen aus der PISA-Studie für den Bereich der Kindergärten beschäftigte sich im vergangenen Monat der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie unter dem Vorsitz von Annegret Krauskopf (SPD). Den Hintergrund bildeten zwei Anträge von FDP (Drs. 13/2293) und den Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE (Drs.: 13/2660).

Wer die Ergebnisse der PISA-Studie ernst nehme, so Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung (VBE), der müsse bereit sein, den Elementarbereich zu stärken — „dies hat natürlich auch finanzielle Konsequenzen“. Die aber vermisse er im Haushaltsentwurf für 2003, bemängelte er. In einer flexibel gestalteten Schuleingangsphase, die Rückstellungen nur noch aus medizinischen Gründen kenne, sei eine Doppelbesetzung mit einer sozialpädagogischen Fachkraft und einer Lehrkraft erforderlich. Ganz gleich in welchem Alter die Einschulung stattfinde, sei eine enge Kooperation von Kindertageseinrichtung

und Schule unerlässlich. Kindertageseinrichtungen müssten sich für die Familien öffnen, der Erzieherinnenauftrag sei auf europäisches Niveau zu heben, daher gehöre die Ausbildung an die Fachhochschule.

Dr. Rainer Strätz vom Sozialpädagogischen Institut NRW betonte, aus der Forschung wisse man von der herausragenden Bedeutung der Kindheit im Bildungsprozess: Die geistige Entwicklung sei nicht biologisch determiniert, sondern hänge entscheidend von einer „förderlichen Umgebung“ ab. Die Debatte über Bildungsziele und -inhalte müsse mit der Frage des Qualitätsmanagements verknüpft werden: „Wie können wir sicherstellen, dass ein bestimmtes Bildungskonzept in den Einrichtungen in NRW auch tatsächlich praktiziert wird?“ Kinder seien keine Computer, die man für etwas programmieren kann, sie könnten nur in Beziehungen lernen, fand Professor Dr. Gerd E. Schäfer vom Kölner Institut für frühkindliche Bildung. Durch die gesamte frühe Kindheit ziehe sich die Erfahrung, dass Kinder durch Tun lernten: „Ihr erstes Denken ist ein tätiges Denken.“ Es gehe nicht darum, Wissen in kleinen Häppchen „kindgerecht“ zu machen.

Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorfkindergärten nannte es verfehlt, den schulischen Bildungsprozess auf den Kindergarten zu übertragen. Kinder reagierten nicht kausal, sondern langfristig, sie brauchten Menschen zum Lernen, sie müssten nicht motiviert werden, „wir sollten vermeiden, sie zu demotivieren“. Kinder lernten in Beziehungen. Die Politik sollte wieder verstärkt auf die hören, „die Ihnen aus dem unmittelbaren Kontakt mit den Kindern Hinweise auf die Bedarfslage geben können“.

Experten hätten festgestellt, 80 Prozent der Gehirnentwicklung fänden im Kindergarten und damit im Elementarbildungsbereich statt — „die zum Stellenwert der Elementarpädagogik“, erklärte Martina Peil von der Gewerkschaft ver.di. Sie verlangte eine Reform in den Bereichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, damit die Fachkräfte in den Bildungsinstitutionen neben anderen Akteuren Schlüsselfiguren der Qualitätsentwicklung werden. Sie warnte vor Bestrebungen zur Entprofessionalisierung: „Wir brauchen mehr Professionalisierung.“ Und auch mehr gesellschaftliche Anerkennung, fügte sie hinzu.

Vier Konsequenzen aus den Erkenntnissen der PISA-Studie für den Elementarbereich zog Karl-Wolfgang Brandt vom Evangelischen Büro NRW: „Erstens: Einbindung des frühkindlichen Bildungsauftrags in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Zweitens: Kindertageseinrichtungen sind und bleiben Orte frühkindlichen Lernens. Drittens: Eltern sind und bleiben Bildungspartner. Viertens: Finanzielle Investitionen für eine

zukunftsweisende Bildung unserer Kinder sind über das Bisherige hinaus bereitzustellen.“ Frühkindliche Bildungskonzepte setzten ganzheitliche Erziehungs- und Bildungsprozesse voraus, „die familienorientiert und interdisziplinär gestaltet sind“.

Professor Dr. Rainer Dollase von der Universität Bielefeld urteilte, eine frühkindliche Verschulung bringe nichts, zum anderen habe man erfahren, dass frühe Förderungsgewinne in der Schule zunichte gemacht werden. Anspruchsvolle Bildungsziele könnten in Gruppen von bis zu 30 Kindergartenkindern („Schnapsidee“) nicht erreicht werden. Für das Katholische Büro NRW ging es mit seinem Sprecher Professor Dr. Johann Michael Gleich darum, dass der ganzheitliche Bildungsansatz im Mittelpunkt stehen und dort auch bleiben sollte: „Ausgangspunkt müssen die Stärke und die Fähigkeit des Kindes sein; darauf muss ich aufbauen.“ Das sei zum Großteil in den Tageseinrichtungen bereits gegeben. Er forderte, die Kooperation zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen zu verstärken.

Dr. José Sánchez Otero vom Landeszentrum für Zuwanderung fand, Sprachkompetenz würden Kinder vor allem im Kontakt mit Bezugspersonen entwickeln; darum seien Kindergartenruppen so klein zu halten, „dass die Interaktionsdichte den Aufbau einer positiven persönlichen Beziehung zu jedem einzelnen Kind erlaubt“. Das setze eine Relation von eins zu acht beziehungsweise fünf voraus (Erzieherin — Kinder).

„Stadtteilmütter“

Es sei nicht sinnvoll, die Fehler zu wiederholen, die seit 30 Jahren in der Ausländerpädagogik gemacht worden sind, erklärte Dr. Helmuth Schweitzer vom Büro für interkulturelle Arbeit. Der Ansatz bestehe in der Verbindung von Sprachförderung und Elternarbeit; das habe man modellhaft entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Aus den Niederlanden habe man das Modell der „Stadtteilmütter“ übernommen, die zu Hause in kleinen Gruppen die Mütter anleiten, der Sprache ihrer Kinder mehr Stellenwert einzuräumen. Diese Elternbildung mit zweisprachigen Vermittlern habe man mit einer Fortbildung für das gesamte Kindertagesstättenpersonal kombiniert. Ein anderes Denkmodell als das übliche müsse bei der Finanzierung von Bildung her, fand Professor Dr. Marie-Eleonore Karsten von der Universität Lüneburg: Es gehe um Investitionen, nicht um Kosten. Die Arbeit der Tagesstätten verlange Zusammenarbeit mit kooperierender Schule, Sportverein und Kultureinrichtungen, darum sei dafür eine eigene Kompetenz erforderlich, „nämlich die Fähigkeit, Netze zu knüpfen, Institutionsgrenzen zu überwinden“.



Multimedialer Einsatz bei der Anhörung, die von Annegret Krauskopf (kleines Bild rechts) geleitet wurde. Neben ihr die stellvertretende Ausschussvorsitzende Marlies Stotz (SPD). Fotos: Schälte

Unionsfraktion mahnt Lösungen zum Abbau der Kinderarmut an

Regina van Dinther (CDU) erläuterte, dem Antrag ihrer Fraktion sei eine Reihe von Besuchen in sozialen Brennpunkten und Gespräche mit Sozialforschern vorausgegangen. Die Union stelle ihren Antrag bewusst nach der Bundestagswahl, um das Thema aus der Parteipolitik herauszuhalten. Wenn gespart werden müsse, dann nicht bei den Kindern: „Das Humankapital unserer Kinder zu beachten und zu fördern, muss der wichtigste Leuchtturm nordrhein-westfälischer Politik sein.“ In den Städten des Ruhrgebiets und anderswo rückten Arm und Reich auseinander. Die Lebensbedingungen der Menschen verschlechterten sich durch mangelnde Zukunftsperspektiven. Es herrsche hohe Arbeitslosigkeit und Überalterung, die Beteiligung an Wahlen liege unter 30 Prozent. Kinder wüchsen häufig ohne Väter auf, das Regeleinkommen der Haushalte sei die Sozialhilfe. Die Sprecherin: „Kinder erfahren, dass normalerweise Geld vom Sozialamt kommt und dass man normalerweise dafür nicht arbeitet.“ Diese jungen Menschen dürften nicht in ihrer abweichenden Normalität gelassen werden, sie bräuchten eine Perspektive für die Zukunft. Die Entwicklung, das sei Auffassung ihrer Fraktion, sei nicht dadurch zu stoppen, dass mehr verwaltet, mehr betreut und mehr Wohlfahrtsstaat vergeben werde: „Wir müssen ihnen Chancen eröffnen, die eigenen Stärken zu entwickeln. Wir müssen fördern und fordern und die alten Regeln der Bismarck'schen Sozialpolitik ernst nehmen.“

Verantwortung

Annegret Krauskopf (SPD) fand, die CDU bleibe ein klares Konzept schuldig; das der SPD bestehe darin, „dass Chancengleichheit in Bildung und Beruf für uns das wichtigste Instrument bleibt, um die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen“. Man glaube auch nicht so sehr an den Slogan „Kinder sind unsere Zukunft“. Die politische Verantwortung bestehe für ihre Fraktion viel mehr in dem Leitsatz: „Kinder sind unsere Gegenwart, wir müssen für ihre Zukunft Entscheidungen treffen, die helfen, in einem Umfeld aufzuwachsen, das sie zu starken, selbst verantwortlichen und mitverantwortlichen Menschen heranwachsen lässt.“ Weil die CDU von falschen Ausgangsvoraussetzungen ausgehe, stimme ihre Analyse nicht, betonte Krauskopf und hielt nichts von den Forderungen, die die Union erhebe: Familiengeld („politischer Irrweg“) und mehr Förderung von Migrantenfamilien, ohne zu sagen, wie das Geld dafür aufgebracht werden solle. Im Übrigen sollte die CDU nicht vergessen, „dass die heu-

„Kinder gehören nicht in die Sozialhilfe“ — das ist eine der Forderungen, die die CDU-Fraktion des Landtags in ihrem Antrag „Die Augen nicht verschließen — Kinderarmut in Städten und Gemeinden des Landes bekämpfen, Lebensraum Großstadt familienfreundlicher gestalten“ (Drs. 13/2959) erhebt. Darin wird der Landesregierung unter anderem aufgegeben, bis Ende des Jahres einen Bericht über die Kinderarmut in den Großstädten vorzulegen. — Der Antrag wurde Anfang Oktober einstimmig an den federführenden Kinderausschuss überwiesen.

tige Armut von Kindern und Jugendlichen das Ergebnis einer verfehlten Familienpolitik ist, für die Sie 16 Jahre im Bund die Verantwortung getragen haben“.

Christian Lindner (FDP) stellte fest: „600 000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen leben in Armut.“ Und: „Für diese Entwicklung trägt nicht die über 16 Jahre schwarz-gelb geprägte Bundesregierung die Verantwortung. Für diese Entwicklung trägt insbesondere auch die Sozialdemokratische Partei in NRW die Verantwortung.“ Sie habe in 30 Jahren als prägende und gestaltende Kraft im Ruhrgebiet nicht dafür zu sorgen vermocht, dass das Auseinanderwachsen der unterschiedlichen Bevölkerungsteile gestoppt wird. Auch jetzt noch mangle es Rot-Grün an der Kraft, „aus dem Wissen um die Ursachen und Folgen von Kinderarmut politische Konsequenzen zu ziehen“. So sei es besser, die Mittel dafür einzusetzen, die Ursachen von Armut zu bekämpfen, als die Folgen von Armut zu finanzieren.

Mit 3 400 Unterschriften, die innerhalb von zwei Wochen in Oberhausen bei freien und anderen Trägern der Weiterbildung gesammelt worden sind, wenden sich die Unterzeichner gegen beabsichtigte Streichungen im Bereich der Weiterbildung. Bei einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung übergab Ausschussvorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU, r.) die Listen an Staatssekretär Dr. Josef Fischer (l.) vom NRW-Arbeitsministerium. Foto: Schälte



Ute Koczy (GRÜNE) fand, im Kampf gegen Kinderarmut gebe es keinen „Königsweg, sondern nur vielfältige, ineinander greifende Maßnahmen und Veränderungen von Strukturen“. Es sei zu begrüßen, dass der öffentliche Skandal Kinderarmut diskutiert werde und die CDU ihren Antrag vorgelegt habe. Vernachlässigung sei nicht allein das Problem armer Familien, so etwas komme auch in Wohlstandsfamilien vor. Das vorgeschlagene Familiengeld an Stelle von Sozialhilfe entstamme „konservativem Zeitgeist“, weil es die Frauen „an Aufzucht und Erziehung fesselt“. Dem stellten die GRÜNEN ihr Modell der Kindergrundsicherung entgegen, die auf Familien mit geringem Einkommen ziele und einen Zuschlag zum Kindergeld bewirke.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) führte die unterschiedlichen Aktivitäten der Landesregierung im Kinder- und Jugendbereich auf. So seien in den letzten Jahren allein in NRW 200 000 neue Plätze in Tageseinrichtungen für Kindergärten geschaffen worden und derzeit werde über 200 000 Ganztagsplätze an Grundschulen geredet. Der Abbau von Kinder- und Jugendarmut könne nur gelingen, wenn die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert, die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche ausgebaut und Netzwerke stabilisiert werden.

Thomas Mahlberg (CDU) wollte nicht anerkennen, dass die Regierung etwas zur Behebung tut — im Gegenteil: Sie schaffe die Schulchancen, die Erziehungsberatungsstellen in den Kommunen, das betreute Wohnen, die Ganztagsbetreuung ab, tue nicht genug für die Sprachförderung.

Antwort auf Große Anfrage der GRÜNEN

Psychiatrie in NRW auf gutem Weg

Im Landtag fand die Aussprache über die Große Anfrage der GRÜNEN „Psychiatrie in NRW“ und die Antwort der Landesregierung (Drs. 13/2863) statt.

Barbara Steffens (GRÜNE) erläuterte, die 280 Fragen sollten zu einer Bestandsaufnahme 25 Jahre nach der Enquetekommission des Bundestags beitragen, und sah Defizite bei der Versorgung von Frauen, Kindern und Jugendlichen sowie bei Wohnungslosen und Migranten. Sie trat für ein Forum Psychiatrie für besseren Erfahrungsaustausch ein.

Vera Dedanwala (SPD) dankte allen an den Antworten Beteiligten und sah als Ergebnis ein positives Gesamtbild. 42 Fachabteilungen, 48 psychiatrische Fachkrankenhäuser mit 14 000 Betten sowie eine Kette weiterer Einrichtungen zeigten das gute Netz in NRW. Die Zahl der Unterbringungen sei in fünf Jahren um 50 Prozent gestiegen. Es gebe noch deutliche regionale Unterschiede in der Versorgung. Der gerontopsychiatrischen Versorgung müsse sich der Landtag besonders widmen.

Rudolf Henke (CDU) hielt den Ertrag der Erhebung dagegen für enttäuschend. Das ganze Engagement werde selbstgefällig in einem Datenfriedhof beerdigt, anstatt zum Bestand Stellung zu beziehen. Die völlig unzureichende Anwendung neuer Medikamente werde wegen deren hoher Kosten übergangen. Auch gebe es keine Lösungen für Widersprüche bei der Kostenübernahme für Migrantenkinder. Die Antwort werde der Problemlage nicht gerecht.

An der Unterseite des rechtlich Zulässigen und politisch Vertretbaren bewegten sich die NRW-Kommunen im Sozialbereich, bei Bildung und Kultur sowie Ver- und Entsorgung, meinen die Spitzenverbände und fordern einen verlässlichen Finanzausgleich. Sie kritisieren wiederum Befrachtungen und Vorwegabzüge bei den Gemeindefinanzen und schlagen vor, die Rückzahlung der Verbundmittel 2001 an das Land auf mehrere Jahre zu verteilen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) hielt Aufklärung für wichtig. Schizophrenie gehöre zu den teuersten Erkrankungen. Statt einer merkwürdigen Kampagne zur Homosexualität solle über psychisch Kranke aufgeklärt werden. Die größten Versorgungsprobleme sehe die FDP bei Kindern, Jugendlichen und alten Menschen. Das Enthospitalisieren sei nur teilweise erfolgreich verlaufen. Psychisch Kranke sollten gemeindenah im Allgemeinkrankenhaus versorgt werden.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) erkannte eine grundlegende Veränderung der Einstellung gegenüber psychisch Kranken und die gelungene Umstrukturierung zu gemeindeorientierter statt anstaltszentrierter Versorgung. Die flächendeckende psychiatrische Krankenhausversorgung sei fast vollständig realisiert. Erheblich weiterentwickelt worden sei auch der ambulante Bereich. Defizite würden nicht verschwiegen. Die Landesregierung sei weder Kosten- noch Leistungsträger, sondern habe nur Steuerungskompetenz für die Krankenhausversorgung. Sie fördere Forschungs- und Beratungsprojekte für den Grundsatz „ambulant vor stationär“ und für den patientenzentrierten Ansatz. Weitere Elemente seien Bezugspersonen und Wohnortnähe. Neun Kreise und kreisfreie Städte beteiligten sich an der Umsetzung eines Projekts, das gute Perspektiven aufzeige, erklärte die Ministerin.

Stiftung Wohlfahrtspflege

Mittel sichern

Den CDU-Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW (Drs. 13/2942) überwies der Landtag nach der 1. Lesung in die Ausschussberatung, federführend an den Sozialausschuss.

Ursula Monheim (CDU) erinnerte daran, dass die Stiftung Wohlfahrtspflege eine Einrichtung des Parlaments sei, das öffentlichen Spielbanken ohne die Zweckbindung niemals zugestimmt hätte. Die Stiftung arbeite unbürokratisch und reagiere auf neue Bedarfe, wie das Modellprogramm für demenziell erkrankte Menschen zeige. Die CDU wolle die Mittel der Stiftung langfristig absichern, nachdem seit 1982 nicht mehr 100 Prozent der Spielbankeneinnahmen, sondern „der im Haushaltsplan festgelegte Betrag“ an die Stiftung abgeführt werde. Die CDU wolle eine Quote von 33 Prozent der Einnahmen von inzwischen vier Spielbanken für die Stiftung.

Horst Vöge (SPD) bezeichnete die Stiftung Wohlfahrtspflege als größte soziale Stiftung von NRW, auf die das Land stolz sein könne. Als Stiftungsratsvorsitzender lobte Vöge die zügige Arbeit der Mitarbeiter und zählte erfolgreiche Förderungen auf. Er lehnte den CDU-Gesetzentwurf wegen der Haushaltslage ab. Der Entwurf greife auch zu kurz, vielmehr müsse über ein Stiftungsmodell heutiger Prägung geredet werden. Die Stiftung sei finanziell gesichert.

Dr. Stefan Romberg (FDP) hielt das CDU-Begehren für begründet, zumal im Haushaltsjahr 2002 der Stiftungsetat um mehr als zehn Millionen Euro gekürzt worden sei. Sparen bei den behinderten und alten Menschen lehne die FDP ab. Die Eröffnung einer vierten Spielbank gehöre nicht zu den Kernaufgaben des Staates, wohl aber die Sorge für bedürftige Menschen.

Barbara Steffens (GRÜNE) hielt die von der CDU vorgeschlagene Änderung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht durchsetzbar. Auch ohne solche Aufstockung werde die Stiftung die Anträge bedienen können, auch wenn ein Vielfaches gebraucht würde. Stiftungsvermögensbildung zu ermöglichen, sei diskussionswürdig.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) akzeptierte das Anliegen der CDU und die Begründung. Der fraktionsübergreifende Konsens werde auch künftig für sichere Mittel sorgen.



Im Ausschuss für Kommunalpolitik nahmen die Vertreter der Spitzenverbände am 30. Oktober zum Haushaltsentwurf für die Gemeindefinanzierung 2003 Stellung, v. l. Dr. Alexander Schink (Hauptgeschäftsführer NRW-Landkreistag), Dr. Ludger Sander (Vorsitzender des Finanzausschusses NRW Städtetag) und Dr. Bernd Jürgen Schneider (Geschäftsführer NRW-Städte- und Gemeindebund).
Foto: Schälte

Fusionspläne der Landesregierung schlagen hohe Wellen

Wie geht es mit den Universitäten Duisburg und Essen weiter — gibt es Fusion, Kooperation oder „Konfusion“, wie es auf den Transparenten von Demonstranten vor dem Landtag zu lesen war? Die Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung unter seinem Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (FDP) am 5. November sollte ein Stück mehr Klarheit bringen. Rektoren, Kanzler, Studierende, Sprecher der Berufsgruppen, Juristen und Vertreter der Wirtschaft fanden Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf (Drs. 13/2947), den die Landesregierung vorgelegt hat und über den der Landtag in Kürze beschließen soll.

Aber ob es dazu kommt, die Gelegenheit der Fusion von Duisburg und Essen zur Gründung einer „Universität des Ruhrgebiets“ unter Einschluss der Universitäten Bochum und Dortmund zu nutzen, bleibt abzuwarten. Dieser Vorschlag kam am Ende der Anhörung von der „Ruhrwirtschaft“, der IHK Essen, Mülheim und Oberhausen. Der Sprecher des Expertenrats, der mit seiner Fusionsempfehlung „den Betroffenen die ganze Suppe eingebrockt hat“, trug den Abgeordneten eine Vision vor: Fusionen seien kein unüblicher Weg in der europäischen Hochschullandschaft, und diese spezielle Fusion sollte

als Chance aufgegriffen werden, „aus dem Strukturkonservatismus herauszukommen“ und das Modell einer wirklich modernen Universität zu schaffen. Den meisten Betroffenen würde es aber reichen, wenn der Gesetzgeber von den als „Zwangsheirat“ empfundenen Fusionsplänen der Landesregierung absehen und den Weg frei machen würde für eine mehrjährige Phase der Kooperation, die dann in einem freiwilligen Zusammenschluss münden kann, „aber nicht muss“. Das jedenfalls schlugen Sprecher der betroffenen Hochschulspitzen vor. Bei der Freiwilligkeit vermeldete der Essener Rektor „Fehlanzeige“. Sein Duisburger Amtskollege sah bei Fortsetzung der Bemühungen, die beiden Hochschulen zum 1. Januar 2003 zusammenzuführen, die Gefahr einer „Fusionsruine“, weil das Land diese Fusion finanziell nicht schaffe. Die Sprecher der über 35 000 Studierenden beider Hochschulen schließlich wandten ein, die Hochschulautonomie werde unterwandert und die Verfasste Studentenschaft ausgehebelt, denn die Studentenschaften in Essen und Duisburg seien am Prozess dieser Fusion, der „Zwangsauflösung von zwei bestehenden und funktionierenden Universitäten“, nicht beteiligt.

Verfassungsrechtliche Einwände von

juristischer Seite. Der eine Sachverständige: Es sei als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und als Verletzung des Rechtsstaatsprinzips zu sehen, wenn dieser kooperative Prozess vom zuständigen Ministerium ohne Begründung abgebrochen werde. In einer Situation, bei der beide Seiten nicht mehr klarkämen, sei der Gesetzgeber gefordert. Und der gehe, meinte der andere Sachverständige, wenn man die Rechtfertigung für ein Gesetz schuldig bleibe, das gegen den Widerstand der beteiligten Hochschulen erlassen werde, ein „beträchtliches verfassungsrechtliches Risiko“ ein.

Von Seiten der Arbeitnehmer an den Hochschulen kam der Vorschlag, einen zeitlichen Aufschub zu gewähren. „Ein Festhalten an der Fusion unter den derzeitigen Bedingungen und im geplanten Zeitrahmen erscheint nicht Erfolg versprechend“, meinte ein Sprecher des Hauptpersonalrats im Bereich des Wissenschaftsministeriums.

Die mehrstündige Anhörung ging nach ausführlichen Fragen der Abgeordneten an die 16 Expertinnen und Experten zu Ende. Ein Abgeordneter der Regierungskoalition wunderte sich, wie weit die beteiligten Hochschulen inzwischen wieder hinter die weitgehend einvernehmlich gefundenen Positionen zurückgefallen seien — und dies bei Ausgangsvoraussetzungen, die sich keineswegs geändert hätten.

Hochschulgebühren:

Erlös in keinem Verhältnis zum Aufwand?

Wenn auch die Argumente sich unterschieden, zumindest in einem Punkt herrschte grundsätzlich Einigkeit unter den eingeladenen Experten der Anhörung des Wissenschaftsausschusses zum Hochschulgebührengesetz: Die im Entwurf des Studienkonten- und -finanzierungsgesetzes (StKFG, Drs. 13/3023) der Landesregierung vorgesehene Einführung von Studiengebühren für Langzeit-, Zweit- und Seniorenstudenten zum Sommersemester 2003 wurde heftig kritisiert.

So herrschte Konsens darüber, dass der mit Einführung von Langzeitstudiengebühren verbundene verwaltungstechnische Aufwand für die Hochschulen in keinem Verhältnis zu dem zu erzielenden Gebührenaufkommen stehe. Auch aus verfassungsrechtlicher Sicht seien Studiengebühren als durchaus problematisch anzusehen, stellt sich doch die Frage, ob hierdurch nicht in das Grundrecht auf Ausbildungsfreiheit (Art. 12

Abs. 1 GG) eingegriffen würde. Weniger Einigkeit herrschte hingegen in der Frage nach der in einer zweiten Phase des StKFG vorgesehenen Einrichtung eines Studienkontensystems ab Wintersemester 2004/2005. Während beispielsweise die Vertreter des Landes-Asten-Treffens NRW prinzipiell jede Form von Studiengebühren unter Androhung einer Verfassungsklage ablehnten, sah der Kanzler der Johannes-Gutenberg-Universität

Mainz, Götz Scholz, in der Einrichtung von Studienkonten „ein sachgerechtes, praktikables und zukunftsfähiges Modell“, das „hochschulpolitisch vertretbar“ sei.

Die abschließende Beratung zum Gesetzentwurf ist für den 28. November anberaumt. Bei einer Einigung könnte der Entwurf dann während der Plenartage im Dezember in die zweite Lesung gehen. ax



Um das Thema Hochschulgebühren und Studienkonten ging es in der Anhörung, die der Wissenschaftsausschuss unter seinem Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (FDP) Anfang November im Plenarsaal (Foto) durchführte. Zugrunde lag dem Hearing der Gesetzentwurf, der am 10. Oktober in erster Lesung vom Plenum beraten worden ist.



Montage: Schälte

vom
Krummstab
zum Adler
Säkularisation
in Westfalen
1803–2003

Zeitenwende für Westfalen

Vor 200 Jahren wurden in Deutschland die Weichen in die Moderne gestellt. Der „Reichsdeputationshauptschluss“ besiegelte 1803 das Ende der geistlichen Herrschaft der deutschen Fürstbischöfe und zahlreicher Klöster, Abteien und Stifte. Was als Kompensation für die Gebietsverluste deutscher Fürsten auf der linken Rheinseite angelegt war, läutete zugleich das Ende jahrhundertalter Strukturen ein. Der Feudalismus schwand, die bürgerliche Gesellschaft erschien am Horizont. Politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Erstarrung wich dem Wandel. Der Grundstein für den Wechsel aus der agrarischen in die Industriegesellschaft wurde gelegt.

Grund genug, sich dieses historischen Anlasses zu erinnern: Der westfälische Landesteil tut dies im kommenden Jahr mit dem Kulturprojekt „Vom Krummstab zum Adler – Säkularisation in Westfalen“. Initiator ist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) zusammen mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege. Das Projekt ist dezentral ausgerichtet: Es gibt (zu) viele Orte zwischen Rheine und Siegen, die von der Säkularisation ihrer geistlichen Besitzungen betroffen waren. Alle Kreise, Städte und Gemeinden mit ihren Einrichtungen sowie freie Gruppen und Vereine waren in diesem Jahr aufgerufen, auf ihrer Ebene mit eigenen Ausstellungen, Vorträgen, Veröffentlichungen und kulturellen Veranstaltungen am Projekt aktiv mitzuwirken. Am 30. September war Meldeschluss. Projektmacherin und Koordinatorin Dr. Christiane Todrowski vom LWL konnte Bilanz ziehen: Auf ihrem Schreibtisch in Münster stapeln sich inzwischen über 300 Rückmeldungen. Todrowski: „Un-

gläublich. Das übertrifft alle Erwartungen.“

„Buchsätze aus Klosterbibliotheken“ lautet zum Beispiel die Veranstaltung, die im ehemaligen Kloster Gravenhorst bei Hörstel im Kreis Steinfurt nahe der Grenze zu Niedersachsen vorgesehen ist. Die Nonnen des Klosters — kaum ein Dutzend an der Zahl und zumeist unverheiratete Töchter des umgebenden Landadels — betrieben Ende des 18. und an der Schwelle zum 19. Jahrhundert eine Schule für höhere Töchter. 1808 dann kam das Ende, das Kloster wurde vom preußischen Staat aufgelöst und zur Staatsdomäne gemacht; der Schulbetrieb lief allmählich aus, 1811 verließ die letzte Nonne das Kloster. Gravenhorst verwandelte sich in einen

Klosterbibliothek

landwirtschaftlichen Betrieb, wurde aufgeteilt und wechselte mehrmals den Besitzer. 1929 erwarb es die Provinz Westfalen. Heute gehört es dem Kreis Steinfurt, der das angegriffene Gebäude bis zur Regionale 2004 wieder herrichten will. Das alte Back- und Brauhaus ist schon fertig und zeigt in seinen Räumen eine kleine Ausstellung von Fundstücken des klösterlichen Lebens. Nach den Vorstellungen von Projektentwicklerin Geerd Andresen soll es einmal als Kunsthaus mit wechselnden Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt werden. Derzeit schürfen im Boden des weitläufigen Klostergebäudes die Archäologen nach Spuren klösterlichen Lebens.

Die Gravenhorster Zisterzienserinnen hinterließen, nachdem sie ihre Schule nicht ganz freiwillig dichtgemacht und zuvor in der Sache mehrmals „untertänigst“, wie es sich damals gehörte, beim

preußischen König interveniert hatten, der Nachwelt eine Sammlung von Büchern, die sie für den Schulbetrieb gebraucht hatten: 750 Bände mit theologischen Werken, Erbauungsliteratur, Abhandlungen zur Pädagogik und zur Philosophie. Ein Viertel davon ist einzigartig für Nordrhein-Westfalen. Ein Glücksfall, wie Reinhard Feldmann von der Universitäts- und Landesbibliothek Münster meint, der in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der örtlichen Pfarrgemeinde den Bestand der kleinen Klosterbibliothek gesichtet, geordnet und so weit möglich restauriert hat: Andernorts seien solche Bibliotheken in alle Winde zerstreut worden, wenn man die Bücher nicht wegen ihres Heizwerts verbrannt habe. „Extreme Barbarei“, wertet der Münsteraner Oberbibliotheksrat und verweist auf die radikale Umsetzung des Enteignungsparagrafen unter den bayerischen Wittelsbachern.

Das südliche Bundesland, heute oft als Vorbild für die eher gemächliche Lebensart und als Hort zahlloser Kunstschätze gepriesen, setzte die Säkularisation viel schroffer als die protestantischen Preußen auf ihrem Hoheitsgebiet um. In Altötting zum Beispiel wurden bayerische Kapuzinermonche zusammengefasst; „Crepiercloster“ wurde das Kloster St. Anna genannt, wo man sie versammelte. Aber: Vandalismus, wie man heute sagen würde, kam auch in westfälischen Landen vor. Tatort Dalheim, 120 Kilometer südöst-



Reinhard Feldmann

lich von Gravenhorst in der Nähe der nordrhein-westfälisch-hessischen Grenze zwischen Paderborn und Marsberg gelegen. Dieses bedeutende Kloster der Augustiner-Chorherren, das seine Blütezeit im Barock erreicht hatte, teilte schon ein Jahr früher das Schicksal der Säkularisation: 1802 hatte sich nämlich Preußen im Vorgriff auf den Reichsdeputationshauptschluss das Fürstentum Paderborn angeeignet. Der Dalheimer Besitz wurde eingezogen, die letzten 16 Chorherren erhielten eine Pension, das Kloster wurde zur Staatsdomäne, die Gebäude zur landwirtschaftlichen Nutzung umgebaut. Im Kreuzgang grunzten die Schweine, ihren Mist lagerte man im Innenhof. Der Klosterkirche wurde eine Zwischendecke eingezogen, oben Heuboden, unten Pferdestall. 350 Jahre Klosterleben waren zu Ende. Ab 1952 in Privatbesitz, kaufte der Landschaftsverband Westfalen-Lippe 1979 das einstige Klos-

„Zerstreut und zerschlagen“

ter. Er sammelt hier in Dalheim Abgüsse gefährdeter Steinskulpturen und plant die Einrichtung des ersten Landesmuseums für Klosterkultur in Europa, denn, wie man vor Ort lesen kann, „Klostergemeinschaften repräsentieren eine Lebensform, die heutige Menschen in ihren Bann zieht und nach der Ausrichtung ihrer eigenen Existenz fragen lässt“.

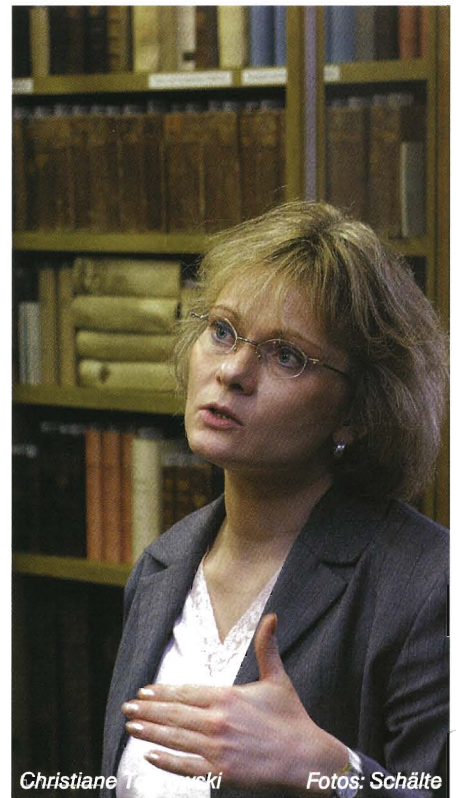
„Zerstreut und zerschlagen“ ist der Titel der für das kommende Ausstellungsjahr geplanten Veranstaltungen in und um Dalheim. Dabei soll dem Verbleib des historischen Klostermobiliars nachgegangen werden. Das Inventar wurde nach der Auflösung am 21. Februar 1803 innerhalb weniger Wochen verschleudert, die Ausstattung des Gotteshauses den Pfarrkirchen in der Umgebung überlassen. So landete die Orgel in Borgentreich; Altarfiguren fanden eine neue Heimat in der Pfarrkirche von Hohenwepel bei Warburg. Was nicht wertvoll oder transportabel erschien, wurde zer-

schlagen; Teile des spätgotischen Lettner und des Sakramenthauses fanden sich bei Grabungen im Boden der Kirche wieder. Das Wenige, was gerettet werden konnte, wurde bei der schrittweisen Restaurierung der Anlage in den letzten Jahren an der Wand der Kirche montiert und vermittelt dort nur andeutungsweise einen Eindruck von der früheren Pracht, die vernichtet worden ist.

Abgesehen von den Kulturverlusten durch zerstreuten und zerstörten Klosterbesitz änderte sich für die Zeitgenossen, die das vielleicht gar nicht so wahrnahmen, viel mehr: Die Klöster verloren ihre Rolle als Wirtschaftsfaktor, als Arbeitgeber von Handwerkern, Künstlern und Bediensteten und als Almosengeber an die Armen; das verschärfte die soziale Lage und vergrößerte die Armut vor allem auf dem Land.

So bietet ein historisches Ereignis von vor 200 Jahren Anlass, nach den Auswirkungen der Säkularisation auf unsere Zeit zu fragen. Zerstörung alter Strukturen, Vernichtung oder Erhalt von Kulturgut — das ist die eine Seite. Auf der anderen steht die Erkenntnis, wenn es in dieser Region die Aufhebung der geistlichen Herrschaft nicht gegeben hätte, wäre sicherlich auch ein politisches und soziales Gebilde nicht entstanden, das am Ende der Umwälzungen 1815 als preußische Provinz Westfalen gegründet wurde.

Das alles soll für die Menschen vor Ort, so der Ehrgeiz der Initiatoren, erfahrbar gemacht werden. Nicht von oben herab, per Dekret der Römisch-Kaiserlichen Majestät sozusagen, die am 27. April 1803 den Reichsdeputationshaupt-



Christiane Todrowski

Fotos: Schälte

schluss ratifizierte, sondern „von unten“. Daher die Einladung zur Mitarbeit an Vereinen, Initiativen, Laien und Heimatforscher, Schulen, Räte und öffentliche Einrichtungen. Christiane Todrowski: „Das Projekt soll keine Eintagsfliege, sondern ein Anfang sein — dafür, dass sich die Menschen für ihre Heimat interessieren und merken, dass Weltgeschichte kein fernes Ereignis ist, das an uns allen vorbeirauscht.“ J. K.

Und was geschah im Rheinland?

Die Säkularisation vor 200 Jahren beschränkte sich nicht auf Westfalen; im gesamten Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation fanden — das ist akribisch im Text des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 nachzulesen — die Besitzerwechsel statt, so auch im Rheinland. Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Truppen der französischen Revolution hatten Kaiser und Reich im Frieden von Lunéville völkerrechtlich auf das linksrheinische Gebiet, das ab 1794 von Frankreich besetzt war, verzichtet. Dort stoppte die neue Obrigkeit die Aufnahme von Novizen und begann ab 1798 mit der Inventarisierung des Klosterbesitzes und dessen Versteigerung: 65 Millionen Francs erlösten die Beauftragten und überwiesen diese damals immense Summe Geld an den französischen Fiskus. An die 350 Einrichtungen im Rheinland wurden aufgehoben. Es war auch die Zeit kunstsinniger Sammler: Die Kölner Brüder Boisserée und Franz Ferdinand

Wallraff hatten genug Kapital, um Kunstschatze vor dem Zerstreutwerden in alle Winde zu retten und Sammlungen aufzubauen, die zum Teil heute noch bestehen. — Zu diesen Vorgängen, die für das Rheinland einen tiefen Einschnitt darstellten, haben Historiker der Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) ein unfassendes Werk mit 25 Forschungsbeiträgen herausgegeben, das die Hintergründe und Folgen der Säkularisation für die rheinische Sakrallandschaft beleuchtet. Diese wissenschaftliche Publikation der Herausgeber Georg Mölich, Joachim Oepen und Wolfgang Rosen („Klosterkultur und Säkularisation im Rheinland“, Essen 2002, 38 Euro) ist Teil eines groß angelegten Forschungsprojektes zur Klosterkultur im Rheinland, aus dem in den kommenden Monaten auch der populärwissenschaftliche „Klosterführer Rheinland“ vom Rheinischen Verein für Landschaftsschutz und Denkmalpflege hervorgehen wird.

SPD: „Trotz schwieriger Haushaltslage Frauennotrufe sichern“

Der Arbeitskreis Frauenpolitik der SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass das Land auch weiterhin die so genannten Frauennotrufe in Nordrhein-Westfalen fördert. „Wir verstehen dies als Signal dafür, dass auch in schwieriger Haushaltslage bewährte Strukturen erhalten bleiben, wir wollen Kräfte für wichtige gesellschaftliche und frauenpolitische Aufgaben bündeln“, erklärte Renate Drewke, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. Drewke betonte, dass auch der von ihr verantwortete Politikbereich seinen Konsolidierungsbeitrag in den anstehenden Haushaltsberatungen leisten werde. Dennoch kämpfe sie mit ihrem Arbeitskreis dafür, dass die Kürzungen für die Frauennotrufe nicht so stark zu Buche schlagen, wie es der Haushaltsentwurf der Landesregierung vorsehe. Die SPD-Fraktion wird ihre Haushaltsberatungen in der nächsten Woche fortsetzen. Nordrhein-Westfalen habe ein vorbildliches Netz von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen aufgebaut. In diesem Netz, so Drewke, böten die Frauennotrufe Krisenintervention und Unter-

stützung bei der Alltagsbewältigung in einer schwierigen Situation an. Mit dem Gewaltschutzgesetz des Bundes, dem geänderten Polizeigesetz NRW, das jetzt die Wohnungsverweisung Gewalttäter möglichst mache, und mit dem Landesaktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt leiste die Fraueninfrastruktur eine unverzichtbare Aufgabe. „Diese Infrastruktur unterstützt Polizei-, Strafverfolgungs- und Kommunalbehörden, deshalb sorgen wir dafür, dass kein Segment aus dieser Infrastruktur herausgebrochen wird“, stellte Renate Drewke fest.

CDU: Haushaltsentwurf 2003 ist unseriös

Mit dem Haushaltsentwurf 2003 hat Peer Steinbrück denkbar schlechte Bewerbungsunterlagen vorgelegt: Die Investitionsquote sinkt weiter von 9,4 auf 9,3 Prozent. Die Verschuldung steigt um 450 Millionen Euro gegenüber der eigenen mittelfristigen Finanzplanung. Die Personalausgaben steigen um 503 Millionen Euro gegenüber 2002.

Einsparungen von 1,4 Milliarden Euro will Steinbrück durch planlose und ziellose Kürzung erzielen. Diese Kürzungen sind nicht sozial ausgewogen, sondern unfair und ungerecht. Zu Recht demonstrieren

Betroffene gegen den hemmungslosen Sozial-Kahlschlag der Landesregierung.

Auch die von Steinbrück vorgelegte Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2003 unterstreicht, dass die Zahlengrundlagen nicht seriös gerechnet sind.

Die erwarteten Steuereinnahmen werden in einer Größenordnung von etwa 1,3 Milliarden Euro höher veranschlagt, als dies nach heutigem Kenntnisstand realistisch ist. Steinbrück wird seinen Haushalt spätestens nach der November-Steuerschätzung deutlich korrigieren müssen, ohne dass erkennbar ist, wie die notwendigen

Einsparungen erbracht werden sollen. Die CDU erwartet gespannt, wie Steinbrück auf diese erneuten, dramatischen Einnahmeausfälle bei der Steuer reagieren wird. Der Weg in die weitere Neuverschuldung ist ihm verbaut, da der Haushalt — wie auch die Haushalte 2001 und 2002 — ansonsten gegen die Landesverfassung verstößt.

Die CDU fordert den Finanzminister erneut auf, einen Nachtragshaushalt für 2002 vorzulegen. Sollte Steinbrück wie in den vergangenen Jahren statt zu sparen nur die Verschuldung um weitere Milliarden Euro erhöhen, wird die CDU auch diesen Vorgang dem Verfassungsgerichtshof vorlegen.

Wolf: Kommunen brauchen sichere Einnahmequellen

Angesichts des weiteren drastischen Einbruchs der Gewerbesteuer um knapp 20 Prozent alleine im ersten Halbjahr 2002, hat der neue Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion und kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ingo Wolf, die Finanzpolitik von Bund und Land scharf kritisiert. „Die Folgen der desaströsen Finanzpolitik des Bundes und unseres Landes Nordrhein-Westfalen nehmen bei einem solchen Einbruch in Höhe von 561 Millionen Euro weiterhin ungebremst ihren Lauf“, so Wolf. Er-

neut falle den regierungsamtlichen Gesundheitsbetern nichts anderes ein, als in nebulöser Weise die Hoffnung auf eine Neugestaltung der Kommunalfinanzen im Rahmen der Gemeindefinanzreform ab 2004 oder 2005 zu nähren. Wolf: „Die von Rot-Grün beabsichtigte „Revitalisierung“ bzw. „Modernisierung“ der Gewerbesteuer durch den Einbezug von Freiberuflern wird sich angesichts der dramatischen Talfahrt der Gewerbesteuer und der seit Jahren zu beobachtenden Planungsunsicherheit als absolut trügerisch erweisen.“

Leider sei mit Ausnahme der liberalen Fortschrittspartei FDP und einiger weit-sichtiger CDU-Kollegen niemand zu einer grundlegenden Neustrukturierung der Kommunalfinanzen bereit. Wolf: „Zur Rettung der Kommunen müssen endlich gesicherte und verlässliche Einnahmequellen erschlossen werden. Die todgeweihte Gewerbesteuer gehört abgeschafft und muss zügig durch eine gemeindeeigene Steuer mit einem eigenen Hebesatz auf die Einkommenssteuer und eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer ersetzt werden.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



GRÜNE auf Fraktionsklausur im Ruhrgebiet

Zwei Tage diskutierte die GRÜNE-Landtagsfraktion gemeinsam mit ihren MinisterInnen auf einer Fraktionsklausur in der Mülheimer Akademie Wolfsburg. Neben den Themen Haushalt und Kommunikationsstrategien ging es vor allem um Reformvorschläge, die dem Ruhrgebiet eine städteübergreifende Handlungsfähigkeit geben sollen. In einem einstimmig verabschiedeten Eckpunktepapier wird die Einrichtung eines Regionalrates Ruhr verlangt. Den Vorschlag haben die GRÜNEN-Abgeordneten gemeinsam mit Minister Vesper erarbeitet. Ein Gebietsentwicklungsplan Ruhrgebiet soll die planerische Dreiteilung der Region überwinden. Der KVR und die Aufgaben der Projekt Ruhr GmbH sollen in einem neuen „Verband Metropolregion Ruhrgebiet“ aufgehen. Dieser muss sich im Einvernehmen mit den Kommunen konstituieren. (Fraktionsbeschluss unter www.gruene.landtag.nrw.de) Trotz der arbeitsreichen Tage blieb Zeit zum Feiern: Am Abend gab die Fraktion ihrer Abgeordneten Sybille Haußmann, seit kurzem 42 Jahre jung, ein Geburtstagsständchen. — Auf dem Bild (von links): Edith Müller MdL, Minister Michael Vesper, Monika Düker MdL.

Migration:

Oda-Gerlind Gawlik ist neue Ausschussvorsitzende

Zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten ist Ende Oktober Oda-Gerlind Gawlik einstimmig gewählt worden. Die Mülheimer SPD-Landtagsabgeordnete löst die bisherige Ausschussvorsitzende Britta Altenkamp (SPD) ab, die in die Funktion der migrationspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion gewechselt ist. Dieses Amt hat vor ihr Vera Dedanwala (SPD) ausgefüllt. Neuer CDU-Fraktionssprecher im Ausschuss ist Thomas Kufen (CDU), der in dieser Funktion Willi Zylajew nachfolgt, der in den Bundestag gewechselt ist.



Oda-Gerlind Gawlik Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (0211) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: L. N. Schaffrath, Marktweg 42-50, 47608 Geldern
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Für die Kollegen in den Politik-Ressorts der Zeitungen ist Peer Steinbrück schon lange einer der besten Lieferanten für das „Zitat der Woche“. Beispiel gefällig? Als Ministerpräsident müsse man „eine Mischung aus Tarzan, Einstein und Inge Meysel sein“, spottete er über sich selbst, nachdem Vorstand und Präsidium der SPD ihn bei nur einer Enthaltung einstimmig als Kandidaten für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatten. Einen Tag nach seiner Nominierung titelte eine Boulevardzeitung neben seinem Konterfei: „Kennen Sie den?“ Und in einer Umfrage antworteten acht Bürger: „Nein.“ Das sehe er völlig gelassen, antwortet er nun rückblickend auf die Frage, ob ihn das geärgert habe: „Dieser Hinweis ist mir oft in der Annahme gemacht worden, das würde mich wahnsinnig bekümmern oder aus der Bahn werfen. Das haut mich nicht aus. Ich werde mich bekannt machen, aber ich werde dabei meinen eigenen Stil haben“, sagt er dann selbstbewusst.

Karriereplanung?

Was ist nicht alles über ihn geschrieben worden in den hektischen Zeiten nach dem Clement-Abgang vor den Herbstferien? Steinbrücks Karriere sei „beängstigend gradlinig“ verlaufen, er sei „hanseatisch-spröde“ und „ein kühler Norddeutscher“, ihm fehle „der Stallgeruch“. Attribute, die gar nicht zu einem NRW-Ministerpräsidenten passen wollen. Das seien alles Bilder von Journalisten, die ihn nie wirklich kennen gelernt hätten, meint er. Die Wahl zum Ministerpräsidenten war der vorläufige Höhepunkt in der Karriere des gebürtigen Hamburgers mit dem trockenen Humor. Nach dem Abitur, den zwei Jahren bei der Bundeswehr und dem Studium der Volks- und Sozialwissenschaft in Kiel hat er indes noch keinen Gedanken an eine derartige Entwicklung verschwendet: „Die meisten Menschen glauben, dass Politiker eine feststehende Karriereplanung über Jahre oder Jahrzehnte haben. Das habe ich selten bestätigt bekommen.“ Irgendwann habe man nur noch wenig Einfluss auf den weiteren Lebensweg, „irgendwann wird man gefragt, ob man dieses oder jenes machen möchte“, sagt er.

Und Peer Steinbrück (55) ist wohl sehr oft gefragt worden, auch wenn sein Lebenslauf auf den ersten Blick verrät, dass er ein sehr zielstrebigem Karriere-Beamter gewesen sein muss: 1974 begann er seine berufliche Laufbahn im Bundesbauministerium, tingelte danach durch viele andere Ministerien und landete schließlich im Dezember 1986 als Büroleiter von Ministerpräsident Johannes Rau in Düsseldorf. Es folgten drei Jahre als Staatssekretär und fast zehn Jahre als Minister in Kiel und Düsseldorf. Aus solchen Lebensläufen



Peer Steinbrück (SPD)

wird dann gefolgert, dass ihm der „sozialdemokratische Stallgeruch“ fehle, der Bezug zur Basis: „Himmel, ich bin seit 33 Jahren in der SPD. Der Punkt ist, dass ich nie aus Parteifunktionen heraus in Ämter gekommen bin.“

Und dann hat er noch ein schlagkräftiges Argument gegen die Mär vom fehlenden „Stallgeruch“: sein Ergebnis im Wahlkreis 136, Unna II, bei der Landtagswahl im Mai 2000. Satte 59,1 Prozent gab's für den Hanseaten im Westfälischen. „Die Menschen in meinem Wahlkreis mussten sich nicht lange gewöhnen. Bei denen war es fast ein Kriterium, noch mal einen Fischkopp zu kriegen, weil mein Vorgänger einer war. Klaus Matthiesen ist dort fast auf Emotionen, auf Liebesgefühle gestoßen und hat dort 1995 über 60 Prozent geholt. In diesem Wahlkreis hatten wir als Norddeutsche nie Schwierigkeiten.“

Was dem 55-Jährigen eher Schwierigkeiten bereitet, ist die Tatsache, dass er in letzter Zeit kaum noch Gelegenheiten für ausgiebige Frühstücke mit der Familie zu Hause in Bonn-Bad Godesberg hat. Seine Frau arbeitet als Lehrerin, seine Töchter (24 und 26) studieren auswärts, und der Sohn (18) steht vor dem Abitur. „Wenn ich ein wenig Zeit gehabt hätte, dann hätte ich gerne mal Philip Roths ‚Der menschliche Makel‘ gelesen oder Peter Merseburgers Biografie von Willy Brandt“, dessen Ostpolitik Steinbrück faszinierte.

Doch die eigentlich für die Herbstferien geplante Lektüre muss verschoben werden, Peer Steinbrück wird einstweilen selbst für druckreife „Zitate der Woche“ sorgen. Wie etwa seine Replik auf die Frage, ob denn ein Nordlicht in der Lage sein kann, Landesvater Nordrhein-Westfalens zu sein: „Ich glaube, dass früher die Szymaniaks, Juskowiaks, Szepans, auch die Burdenskis und die Tilkowskis oder wie immer sie heißen, nicht danach gefragt wurden, woher sie kommen, sondern, ob sie gut kicken können.“ Ralph Goldmann

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 11. bis 24. November 2002

- 11.11. **Hans Günter Hafke** (SPD), 53 J.
- 11.11. **Wolfgang Werner** (SPD), 53 J.
- 13.11. **Dietrich Thiede** (CDU), 65 J.
- 14.11. **Jürgen Thulke** (SPD), 64 J.
- 15.11. **Gerhard Lorth** (CDU), 58 J.
- 15.11. **Werner Bischoff** (SPD), 55 J.
- 17.11. **Monika Brunert-Jetter** (CDU),
47 J.
- 22.11. **Wolfgang Roth** (SPD), 53 J.
- 24.11. **Karl-Heinz Haseloh** (SPD), 56 J.
- 24.11. **Wolfgang Dietrich** (CDU), 51 J.

★

Wolfgang Röken (SPD), Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe im Landtag, hat in einem Glückwunschtelegramm an den Sieger der türkischen Parlamentswahl, Tayyip Erdogan (AKP), und an den sozialdemokratischen Oppositionsführer Deniz Baykal (CHP) die beabsichtigte Reformpolitik der Türkei auf dem Weg nach Europa begrüßt und dem kommenden Regierungschef viel Erfolg und eine glückliche Hand bei der Umsetzung des eingeschlagenen Reformkurses gewünscht.

Neues Kabinett

Ministerpräsident **Peer Steinbrück** (SPD) hat sein Kabinett benannt und einigen Ressorts einen anderen Zuschnitt gegeben. Hier die Namen und Zuständigkeiten: **Jochen Dieckmann**, Finanzen, **Dr. Fritz Behrens**, Inneres, **Wolfgang Gerhards**, Justiz, **Harald Schartau**, Wirtschaft und Arbeit, **Birgit Fischer**, Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, **Ute Schäfer**, Schule, Jugend und Kinder, **Hannelore Kraft**, Wissenschaft und Forschung, **Dr. Michael Vesper** (Stellvertretender Ministerpräsident), Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, **Bärbel Höhn**, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Dr. Axel Horstmann**, Verkehr, Energie und Landesplanung, **Wolfram Kuschke**, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, **Jutta Köhn**, Bevollmächtigte des Landes beim Bund, **Professor Dr. Miriam Meckel**, Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 12. Dezember 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Herzkorsett und Erdgassensor



„Die Dritte Mission:

Spitzentechnologie und Hightech made in NRW“ — so lautet das Thema einer in dieser Form einmaligen Forschungsschau, die vom 18. bis zum 30. November im Foyer des Landtags NRW zu sehen ist. Die Ausstellung zeigt zukunftsweisende Ergebnisse des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Das Gemeinschaftsprojekt des Landtags, der Hochschulen des Landes und dem Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung zeichnet detailliert den Weg nach, wie aus einer Erfindung ein Produkt wird: vom Labor in die Produktion, vom Hörsaal in die Praxis. Auf dem Erlebnisparcours der Ausstellung erwarten den Besucher interessante Exponate aus den Bereichen Energie, Gesundheit, Umwelt und Verkehr. So zum Beispiel, wie oben zu sehen, ein Sensor, der vor Gasaustritt warnt (l.), das „Handbike“, ein Sportgerät für Körperbehinderte (2. v. l.), der Versuchsschuttle „RailCab“ (2. v. r.) sowie eine statisch-elastische Netzmanschette für Herzpatienten (r.).

Musik und Gesang, Kabarett und Reden, Essen und Trinken — eine bodenständige Region, das Münsterland, bat bunt gemischt zum Parlamentarischen Abend in den Landtag. Das Münsterland ist mehr als eine grüne Region, die sich per Rad auf ruhigen Wegen und Pfaden („Pättkes“) erfahren lässt. Neben den traditionellen Kiepenkerl ist inzwischen der Wissenschaftler, der Existenzgründer, getreten, der das Münsterland als Standort intelligenter Technologien und bedarfsgerechter Produkte nutzt. Touristenziel und „Denkraum Zukunft“ — so will die Region wahrgenommen werden.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt als Gastgeber würdigte die Bemühungen. Man habe es beim Münsterland mit einer Kulturregion zu tun, „die es in sich hat“. Der Präsident: „Es ist eine Region im Herzen Europas, die wirtschaftlich, wissenschaftlich und kulturell eine beachtliche Geschichte nachweisen kann — und vor allem Zukunft hat“. Nirgends ergänzten sich Wandel und Beharrung so vortrefflich. Schmidt: „Das muss, das kann nur an diesem unverwechselbaren Menschenschlag liegen.“ Er dankte den Repräsentanten von der Münsterland Touristik Grünes Band und der Aktion Münsterland als Veranstalter des Abends, zu dem sie mit eingeladen haben.

MÜNSTERLAND
im Landtag NRW